

UNIA **work**

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

Winterthur: Hässige Stadtbus-Mitarbeitende legen den ÖV lahm. Seite 2



Lena Zbinden



Silvia Locatelli



Thalia Ender



Jupiter Jetson

Frauen, die sich trauen

8. März

Lauter Geschichten aus der Schweiz und der Welt
(nicht nur) zum 8. März. Seiten 2, 3, 5, 6, 7, 9, 10, 15, 17, 22



Vivienne Clénin



Lisa Rossi



Hélène Fiedeldeij-Martini



Molly Wylder



Christina Rohrer



Shohaya Wagner

Schwyz: Rassistischer Arzt
Mediziner schickt anonymes Hass-Mail
ab Spital-Adresse. Verurteilt! Seite 11

Schweiz: Jede(r) sechste arm
Hunderttausende finanziell am Ende.
Das sagt der Caritas-Chef. Seiten 12–13

So gehen günstige Ferien für alle!

Dank Reka und der Unia
können Mitglieder günstig
Ferien machen. Der grosse
work-Überblick über das
riesige Angebot. Seiten 18–19





DAS JA VOR DEM ABER

Die Zeichen stehen auf Sturm. Der Nahe Osten steht in Flammen, die USA sind ausser Rand und Band, rechtsextreme Tendenzen nehmen weltweit rasant zu, der Vormarsch von künstlicher Intelligenz mit seinen verunsichernden Folgen ist nicht mehr aufzuhalten, das Völkerrecht wird mit Füßen getreten, Frauenrechte sowieso – die Weltordnung zerfällt (Seite 17).

NEUBEGINN. Die Zeichen stehen auch auf Frühling: Neubeginn, Hoffnung, Lichtblicke. Denn die gibt es, auch in Bezug auf Frauenrechte. Auch wenn sie manchmal unter einer dicken Schicht grösseren und kleineren Wahnsinns schlecht erkennbar sind. Da ist zum Beispiel ein Urteil aus Genf: Das Arbeitsgericht hat den Betreiber einer Fast-Food-Filiale verurteilt, weil er seine Mitarbeiterinnen nicht genügend vor sexueller Belästigung und Übergriffen geschützt hat. Ein Urteil mit Signalwirkung (Seite 6). Oder der Gastro-GAV. Dieser

Es gibt Lichtblicke, auch in Bezug auf Frauenrechte.

wird nach Jahren des Stillstandes jetzt wieder neu verhandelt. Damit es endlich vorwärtsgeht in einer Branche, in der mehrheitlich Frauen arbeiten (Seite 3). Die Fotostiftung Schweiz macht Frauenbilder sichtbar und bringt damit eine Männerbastion ins Wanken. Denn die Fotografiengeschichte war lange Zeit vor allem eine Geschichte männlicher Fotografen, überliefert aus männlicher Perspektive. Von den rund 160 Archiven in der Fotostiftung sind nur 26 Archive Fotografinnen zuzuschreiben (Seite 17).

HOFFNUNG. Oder Island: Zum fünften Mal in Folge belegt das Land den ersten Platz im «Women in Work Index» des Wirtschaftsprüfungskonzerns PWC. Die Erwerbsquote der Frauen liegt bei 85 Prozent – gut 12 Prozentpunkte über dem OECD-Durchschnitt. Was wir von Island lernen können? Grosszügige Elternzeitregelungen, gute Kinderbetreuung sowie eine familienfreundliche Arbeitskultur, beispielsweise mit einer Vier-Tage-Arbeitswoche. Sogar in der Medizin gibt es Fortschritte. Dort, wo sonst Frauenkörper wie Männerkörper in Bikinis behandelt werden, wo also die Forschung geschlechterspezifische Unterschiede häufig ignoriert: Zum zweiten Mal findet dieses Jahr in Bern das Swiss Gender Medicine Symposium statt. Die Veranstaltung bringt Fachpersonen zusammen, um über die neuesten Entwicklungen und Herausforderungen in der Gendermedizin zu diskutieren. Diese befasst sich mit dem Einfluss von biologischen Unterschieden auf Gesundheit, Erkrankung, Forschung, Behandlung und Prävention.

LICHTBLICKE. Und im Oberwallis, nicht gerade bekannt als progressive Hochburg, lehrt jetzt eine junge Frau an der Spitze der Unia-Sektion die Machos das Fürchten (Seite 7). Ausserdem gibt es Grund zu feiern! 2026 ist das Jahr von zwei fast runden Geburtstagen, auch wenn die Jubilarinnen noch ziemlich jung sind: Seit 45 Jahren ist die Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Bundesverfassung verankert. Und seit 40 Jahren verbietet das Gleichstellungsgesetz Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund des Geschlechtes.

Ja, ABER! Natürlich reicht das alles hinten und vorne nicht. Ganz bestimmt ist in Sachen Gleichberechtigung nichts für immer errungen. Garantiert sind die Fortschritte heute mehr denn je bedroht. Und selbstverständlich braucht es am 8. März, dem Tag der Frauenrechte, starke Zeichen und klare Forderungen. Aber manchmal hilft es in stürmischen Zeiten, sich auf das JA vor dem Aber zu konzentrieren.

Historischer Busstreik in Winterthur
«Wenn es keine Lösung gibt, streiken wir wieder!»

Zuerst wollte er den Streik des Winterthurer ÖV-Personals torpedieren. Dann kam FDP-Stadtrat Stefan Fritschi zu Verhandlungen ins Busdepot, doch konkrete Zugeständnisse machte er keine. Kommt es nun zum ganztägigen Streik?

IWAN SCHAUWECKER
Ursprünglich hatte VPOD-Gewerkschafter Roman Künzler seinen Wecker auf 3 Uhr gestellt. Doch dann kam nach Mitternacht ein Anruf aus dem Busdepot in Winterthur Grüze. Die Chefs von Stadtbus Winterthur versuchten, den für Dienstagmorgen geplanten Streik zu verhindern, indem die Busse draussen vor der Halle statt im Depot parkiert werden sollten. Diese Finte wollte sich das Buspersonal nicht bieten lassen. Die streikbereiten Buschauffeure versorgten die draussen parkierten Busse im Depot, blockierten die Ausfahrt, und der von 4.30 bis 8.30 Uhr geplante Warnstreik konnte trotz Verhinderungstaktik stattfinden. Und das sehr erfolgreich. Künzler sagt: «Die Chauffeure haben die Arbeit zu 90 Prozent niedergelegt. Es waren nur 20 Busse mit Pensionierten und Chefs unterwegs, die kurzfristig eingesprungen sind.»

WARTEN SEIT 2020
Christian Reisacher ist seit 22 Jahren Buschauffeur bei Stadtbus Winterthur und als Mitglied der Personalkommission einer der Streikführer. Er sagt: «Unsere Forderungen werden nie umgesetzt. Seit Jahren gibt es eine Hinhaltestrategie, das wollen wir uns nicht länger bieten lassen.» Beim Streit zwischen dem Personal und dem zuständigen FDP-Stadtrat Stefan Fritschi geht es um unzureichende Nachtzuschläge, Regelungen bei Schadensfällen und unfaire Regelungen bei den Ersatzdiensten. Diese führen bei vielen Fahrerinnen und Fahrern zu Minusstunden und unbezahlten Wartezei-

«Seit Jahren werden wir hingehalten. Das lassen wir uns nicht länger bieten.»

BUSCHAUFFEUR CHRISTIAN REISACHER



ENTSCHLOSSENES PERSONAL: Die Buschauffeure in Winterthur warten schon viel zu lange auf Verbesserungen und haben deshalb einen Warnstreik abgehalten. FOTO: KEYSTONE

ten. An einer Personalversammlung der 240 Fahrerinnen und Fahrer von Stadtbus Winterthur stimmte die grosse Mehrheit der Anwesenden für den Warnstreik. Reisacher sagt: «Unsere Forderungen haben wir den Chefs erstmals 2020 kommuniziert, und jetzt haben wir 2026. Auch auf eine Petition 2024 hat niemand reagiert, darum haben wir uns jetzt für diesen Warnstreik entschieden.»

KURZFRISTIG ENTSCIEDEN
Auch Busfahrerin Monika Lema* fühlt sich von den Chefs nicht ernst genommen. Dennoch war sie unsicher, ob sie sich am Streik beteiligen werde. Sie sagt: «Noch gestern habe ich nicht daran geglaubt, dass ein solcher Streik hier in der Schweiz möglich ist.» Ihr Dienst hätte eigentlich um 5.15 Uhr angefangen. Sie sagt: «Erst am Morgen war für mich klar, dass sich alle hier am Streik beteiligen und ich da auch mitmachen will.» Jetzt sei sie sehr positiv überrascht von sich selbst und ihren Kollegen.

* Name geändert

Rare Streiks im öffentlichen Verkehr: Winterthur ist eine Vorreiterin
Premiere für die ganze Deutschschweiz

Der Warnstreik in Winterthur ist historisch. Nur in Genf und im Tessin kam es in den letzten Jahren zu grösseren Streiks im ÖV.

IWAN SCHAUWECKER
Ein Busfahrer aus Winterthur sagt: «Stadtbus Winterthur war vor 20 Jahren noch bekannt für die besten Arbeitsbedingungen im ÖV. Doch seither wollte man auf dem Buckel der Angestellten sparen.» Vielleicht sei der Streik nicht nur ein Signal an die Chefs, sondern auch an ÖV-Angestellte in anderen Schweizer Städten. Denn der Bus-

Größere Störungen gibt es sonst nur bei Stromausfällen.

fahrerstreik von Winterthur ist ein Ausnahmeereignis. Arbeitskämpfe im öffentlichen Verkehr sind in der Schweiz selten und werden wegen der Wichtigkeit des ÖV fast im-



STREIK AUF DEM LAGO MAGGIORE: 2017 legten die Matrosen im Tessin ihre Arbeit nieder. FOTO: TI-PRESS

mer in Verhandlungen im Rahmen der Sozialpartnerschaft entschärft. Der Streik ist auch eine Premiere für die ganze Deutschschweiz.

OHNE AUSWIRKUNG
Denn die Mitarbeitenden im öffentlichen Verkehr in der Deutschschweiz streiken fast nie. In Zürich blockierten Angestellte der Zürcher Verkehrsbetriebe vor 15 Jahren ein Tramdepot. Doch die Aktion mit der Gewerkschaft

Um 6 Uhr tauchte Stadtrat Fritschi höchstpersönlich vor dem Depot auf, um zu hören «wo der Schuh drückt», wie SRF schreibt. Um ihn bildete sich sofort eine Mensentraube, und die Mitarbeitenden konfrontierten ihn mit ihrem Ärger und ihren Fragen. Doch bei den Verhandlungen mit dem Personal und der Gewerkschaft im Innern des Busdepots kam es zu keinen konkreten Resultaten.

Micha Amstad, VPOD-Zentralsekretär Nahverkehr, stellt im Namen des Verhandlungskomitees klar: «Wir waren stets bereit für Verhandlungen. Das gilt noch immer.» Der Stadtrat habe angeboten, dass mit anderen Stadtratsmitgliedern eine neue Verhandlungsdelegation gegründet werde. Ab Donnerstag wird weiterverhandelt. Amstad sagt: «Wenn bei diesen Verhandlungen keine konkreten Lösungen mit Verbesserungen für das Personal gefunden werden, dann werden wir das nächste Mal einen ganzen Tag streiken, wenn das Personal das weiterhin will!» Grosser Applaus aus der Menge, denn der Schuh drückt noch immer.

reits 2014 hatten die Bus- und Tramfahrerinnen mit einem Streik einen geplanten Stellenabbau und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verhindert. Doch sogar im streikfreudigeren Genf ist dies eher die Ausnahme. Ein weiterer Streik liegt bereits Jahrzehnte zurück.

MATROSEN MACHEN ES VOR
Im Tessin war im Sommer 2017 die gesamte Schweizer Belegschaft der «Navigazione Lago Maggiore» im Streik. Die 34 Matrosen und anderen Angestellten protestierten damit gegen ihre Entlassung und tiefere Löhne. Nach 20 Tagen Streik vermittelte die Tessiner Regierung eine Lösung für alle Beteiligten. Doch wer ausserhalb der Schweizer Grenzen unterwegs ist, merkt schnell, dass Streiks des ÖV-Personals in vielen europäischen Ländern nichts Aussergewöhnliches sind. Insofern trägt der Warnstreik in Winterthur auch etwas zur Normalisierung der Schweiz bei.

Löhne, Überstunden, Gäste: So ist die Lage im Gastgewerbe Gastro, wie geht's?



MIT LEIDENSCHAFT IN DER GASTRO: Shohaya Wagner (links) und Lena Zbinden wissen, was sich in ihrem Beruf verändern muss. FOTOS: SEVERIN NOWACKI

Endlich! Nach fast sechs Jahren Stillstand verhandeln die Sozialpartner über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag für das Gastgewerbe. Doch was muss sich ändern? Die Unia-Mitglieder Lena Zbinden, Shohaya Wagner und Gabriela Pérez berichten über ihren Alltag im Gastgewerbe.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Das Gastgewerbe gehört zu den grössten Branchen der Schweiz. Jedenfalls, wenn man auf die Zahl der Beschäftigten blickt: 186 000 Personen arbeiteten per Ende 2023 in der Branche. Zudem wird die Arbeit in der Gastro mehrheitlich von Frauen geleistet. work fragt nach, wie es den Búezerinnen gehe.

Darunter Shohaya Wagner (44). Obwohl sie als junge Frau eine Ausbildung zur Sanitätsmedizinerin gemacht hat und auch in diesem Bereich ein Studium anging, wurde ihr schnell klar: Sie gehört ins Gastgewerbe. «Ich bin bereits in einer Gastrofamilie gross geworden. Meine Eltern hatten Restaurants und Kaffees, und ich habe schon als Teenie bei ihnen ausgeholfen», sagt sie zu work. Mit ihrem Umzug von München nach Biel vor 17 Jahren bot sich die Branche als guter Startpunkt an, um am neuen Ort anzukommen – und durch die Arbeit den Puls der Gesellschaft zu spüren. Dafür musste sie rasch auch Schweizerdeutsch und Französisch lernen.

«Ich erlebte in den vielen Jahren Gastro oft, dass gerade Migrantinnen und Migranten schamlos ausgenutzt und zu Dumpinglöhnen angestellt wurden. Weil

Deutsch meine Erstsprache ist, blieb ich davon verschont», sagt sie. Doch mit den Löhnen ist sie bis heute nicht einverstanden. Wagner: «Die Löhne sind sehr unterschiedlich und an vielen Orten zu tief. Gerade für Leute, die im Stundenlohn arbeiten, kann es sehr herausfordernd sein, sich damit ein würdiges Leben zu finanzieren.» Sie selbst arbeitet seit Sommer 2025 als Geschäftsleiterin im «Adrianos» in Biel und hat das Privileg, einen Fixlohn zu verdienen.

STRENGE ARBEITSZEITEN

Die 44-jährige ist alleinerziehende Mutter von zwei Söhnen. Wie lässt sich der Gastroalltag mit dem anspruchsvollen Familienleben vereinbaren? «Klar ist: Die Arbeitszeiten sind streng. Viele Betriebe sind von frühmorgens bis spätabends offen. Doch für mich waren diese Arbeitszeiten von Vorteil: Ich konnte mich tagsüber um die Kids kümmern und abends zur Arbeit gehen», erzählt sie.

Im Gespräch mit work blitzt die Leidenschaft für die Gastrobranche immer wieder kräftig durch. Wagner sagt: «Im Gastgewerbe geht es nicht darum, einfach etwas zu verkaufen. Man schafft einen Ort für Gemeinschaft und Austausch. Für mich ist es zudem wichtig, für mein Team einen Ort der Wertschätzung und der Freude zu schaffen.» Das stecke die Gäste nämlich an und schaffe ein angenehmes Klima, weiss die 44-jährige.

Dass im Team gute Stimmung herrscht, ist auch für Lena Zbinden (20) das A und O. Sie arbeitet in einem Hotel bei Luzern und weiss, dass man gerade in stressigen Zeiten gut zusammenspielen muss. «Wir arbeiten im Hotel zusammen, wohnen gemeinsam im Personalhaus, und mit einigen sind so gute Freundschaften entstanden, dass ich auch meine Freizeit mit ihnen verbringe», sagt sie.

BITTE MEHR ALS NUR DAS MINIMUM!

Die 20-jährige entschied sich als Teenie für eine Lehre als Hotelkommunikationsfach-

frau. In ihrem Lehrbetrieb hatte sie die Möglichkeit, von der Réception über den Service bis zur Eventplanung Einblicke zu erhalten. Dafür ist sie sehr dankbar, denn so konnte sie herausfinden, was ihr am meisten zusagt. Auch der Umgang mit Belästigung war in ihrem Lehrbetrieb vorbildlich: «Ich habe sexuelle Belästigung im Team erlebt. Meine Vorgesetzten glaubten mir sofort, und der Täter hatte die Konsequenzen zu tragen.»

Nach ihrer Ausbildung wechselte sie in ein renommiertes Viersternehotel in Luzern, dort arbeitet sie im Restaurantservice, hilft bei Bedarf auch in der Bar, an Banketten und Hochzeiten aus. Arbeitet sie wegen des Lohnes im Hochglanzhotel?

«Die Tage sind lange und streng, der Lohn zu tief.»

GASTRO-BÜEZERIN
LENA ZBINDEN

«Nein, leider nicht. Mit dem Lohn bin ich nicht zufrieden. Ich würde mir wünschen, dass Führungspersonen erkennen, wie wichtig die Entlohnung ist.» Wertschätzung hin oder her – Zbinden ist der Meinung, dass ein gut funktionierendes Team mehr als nur das absolute Minimum verdient. Etwas Gutes bedeuten dafür die reicheren Gäste im Viersternehotel: In der Hochsaison pimpt Zbinden mit Trinkgeld ihren Lohn mächtig auf. «Im Sommer bei schönem Wetter und vollen Terrassen kann ich meinen Lohn um ein Viertel oder sogar um die Hälfte aufstocken», erzählt sie.

Im Dezember arbeitete Zbinden an Weihnachten und an Neujahr. Es waren strenge Tage, aber: «Die Gäste schätzen die Arbeit an Feiertagen noch mal mehr. Ich bin ein Nachtmensch, und Arbeiten an Silvester hat mir super gefallen!» Doch die 20-jährige kann sich nicht vorstellen, ihr gesamtes Berufsleben im Gastgewerbe zu arbeiten. «Man ist ständig unter Menschen, und die vielen sozialen Kontakte kosten viel Energie. Zudem sind die Tage

lang und streng, der Lohn zu tief.» Sie könnte es sich gut vorstellen, vielleicht eines Tages Lernende im Gastgewerbe an der Berufsschule zu unterrichten. Doch zuerst möchte sie die Berufsmatur machen.

TALENTE HALTEN

Gabriela Pérez* (35) kennt die Gastrowelt aus einem anderen Winkel, nämlich aus der Küche. Vor 10 Jahren ist sie für die Liebe von Venezuela ins Wallis gezogen. In ihrer Heimat hat Pérez studiert, in der Schweiz musste sie von ganz unten anfangen. Das Kochen war schon immer ihre Leidenschaft, und diese wollte sie mit ihrer Ankunft in der Schweiz verfolgen. Sie holte das EFZ nach und arbeitet heute als Köchin in Bern. «Mein Traum ist es, eines Tages in der schönen Berner Altstadt einen eigenen Betrieb zu haben, zum Beispiel ein nettes Kaffee», sagt sie zu work. Doch bis dorthin muss die Branche hoffen, Talente wie Pérez nicht zu verlieren. Denn die Arbeit ist hart, die Bedingungen sind unattraktiv und die Löhne zu tief. «Ich arbeite an zwei Orten Teilzeit, weil mir das mehr Freiheit und mehr Lohn gibt als eine Vollzeitstelle», sagt sie.

Was der Köchin bei vielen ihrer Arbeitgeber auf den Magen geschlagen hat, ist der Umgang mit Mobbing und sexueller Belästigung in Küchen. «In meiner Lehre wurde ich gemobbt, später war ich sexistischen Kommentaren ausgesetzt. Als Frau muss man sich in der Küche noch mehr beweisen», sagt sie. Pérez weiss: Genau das ist der Grund, warum Frauen die Branche immer häufiger verlassen. Sie sagt: «Irgendwann hast du keine Lust mehr auf ständige Konflikte.» An diesem Punkt befindet sich Pérez selbst: Sie liebt es, zu kochen und Gäste zu empfangen, die Branche setzt ihr aber immer mehr zu. Sie liebäugelt deshalb mit einer Umschulung, beispielsweise interessiert sie sich sehr für Ernährungsberatung.

* Name geändert

VERHANDLUNGEN

WAS SICH IM L-GAV ÄNDERN MUSS

Zurzeit wird über den grössten Gesamtarbeitsvertrag des Landes neu zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverband verhandelt: Dem L-GAV (Landes-Gesamtarbeitsvertrag des Gastgewerbes) sind rund 250 000 Búezerinnen und Búezer unterstellt. Nachdem der Arbeitgeberverband Gastrosuisse die Neuverhandlungen jahrelang blockiert hat, finden seit vergangenem November endlich wieder Verhandlungen statt.

GEMEINSAM. Die Gewerkschaften, darunter Unia und Syna sowie Hotel & Gastro Union, fordern höhere Löhne, geregelte Arbeitszeiten, regelmässige Ruhetage, Stop der sexuellen Belästigung und vieles mehr. Mittlerweile fanden drei Verhandlungsrunden statt. Unia-Vizepräsidentin Véronique

Polito ist an den Verhandlungen dabei. Sie sagt: «Die Diskussionskultur hat sich massgeblich verbessert, und die Probleme in der Branche werden gemeinsam auf den Tisch gelegt. Zudem zeigt Gastrosuisse Bereitschaft, unsere Anliegen anzuhören. Das sind gute Voraussetzungen, um einen sinnvollen GAV voranzubringen.»

LÖHNE. Der Fokus ist für die Unia klar: «Unsere Basis hat uns einen klaren Auftrag gegeben: es braucht erhebliche Verbesserungen bei den Löhnen und den Zuschlägen», sagt Polito. Zudem ist im Gastgewerbe ein weiterer Brennpunkt akut: die Arbeitszeiten. Unia-Frau Polito: «Die Arbeitnehmenden fordern eine Reduktion der Arbeitszeit, zusammenhängende freie Tage und Zuschläge für Sonntagsarbeit.»

Fette Gewinne bei Coop

BASEL. 606 Millionen Franken – so viel Gewinn erzielte Coop im Jahr 2025. Gegenüber dem Vorjahr sackte der Detailhändler satte 21 Millionen Franken mehr ein. Der höhere Gewinn zeigt: Coop kann es sich durchaus leisten, in bessere Arbeitsbedingungen zu investieren. Genau das wollen die Mitglieder der Gewerkschaft Unia, denn sie sind massgeblich verantwortlich für den wirtschaftlichen Erfolg des Detailhändlers. Sie fordern deshalb eine allgemeine Lohnerhöhung als Form der Gewinnbeteiligung. Weiter wollen sie Stress und Multitasking reduzieren, den Personalbestand erhöhen und die flexiblen Arbeitszeiten begrenzen.

Urteil gegen Schmidheiny annulliert

ROM. Stephan Schmidheiny, früherer Eternit-Chef, hat 91 Menschenleben aufgrund von Asbest auf dem Gewissen. So lautete das Urteil des obersten Gerichts in Italien. Verurteilt wurde Schmidheiny zu einer Freiheitsstrafe von 9 Jahren und 6 Monaten. Wegen Übersetzungsproblemen wird das Urteil nun aufgehoben. Somit zieht sich das Verfahren weiter in die Länge. Insgesamt wurden in der Fabrik bei Casale Monferrato (IT), wo Dachplatten und Rohre hergestellt wurden, 392 Menschen Opfer von Asbest.

Gipserin gewinnt Wahlen

MANCHESTER. Die grüne Politikerin Hannah Spencer gewinnt im Wahlkreis Gorton und Denton bei Manchester einen Sitz im Unterhaus.



ÜBERRASCHENDE SIEGERIN: Hannah Spencer von der Green Party. FOTO: ZVG

Eine Sensation, denn seit über 100 Jahren war dieser Wahlsitz in fester Hand der Labour Partei. Ursprünglich war Labour eine Arbeiterpartei, bewegte sich aber in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker nach rechts. Heute setzt sie sich ein für eine striktere Migrations- und Asylpolitik. Die neu gewählte Abgeordnete Hannah Spencer überrascht mit ihrem Sieg. Sie ist 34 Jahre alt und hat eine Ausbildung als Sanitärin und Gipserin gemacht.

Tödlicher Angriff im Zug

KAISERSLAUTERN. Anfang Februar kam es in einem Regionalzug bei Kaiserslautern (DE) zu einem tödlichen Angriff auf einen Zugbegleiter. Der 36-jährige Serkan C. war als Kontrolleur im Zug unterwegs. Als er auf einen 26-jährigen Schwarzfahrer trifft und ihn aus dem Zug verweisen will, wird er mit Faustschlägen schwer am Kopf verletzt. Wenige Tage später stirbt er an seinen Verletzungen. Die Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV) steht ihren deutschen Kolleginnen zur Seite und fordert: «Stop Gewalt! Mehr Respekt für das Personal.»

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Unia Wallis: Schmähpreise an zwei Arbeitgeberverbände



EIN UNRÜHMLICHER PREIS: Das Walliser Unia-Team übergab die Goldenen Raspeln dem Sekretär der Arbeitgeberverbände. FOTO: UNIA

Jedes Jahr verleiht die Unia Wallis die Goldene Raspel an ein Unternehmen oder einen Verband des Kantons, der sich bei Lohnverhandlungen als besonders geizig erwiesen hat. Und dieses Jahr werden gleich zwei Arbeitgeberverbände mit dem wenig ehrenvollen Titel ausgezeichnet. Am 26. Februar besuchten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der Unia die Büros des Verbands für Gebäudetechnik und Gebäudehülle sowie des Verbands für Stahlbau, um die Goldenen Raspeln zu überreichen. Blaise Carron, Regionalsekretär der Unia Wallis, sagte vor den Medien: «Es fanden Verhandlungen mit Metaltec Valais statt, aber sie führten zu keiner Einigung, so dass den rund 1350 Beschäftigten der Branche eine wohlverdiente Lohnerhöhung vorenthalten wurde.» Die Arbeitgeberverbände für Technik und Gebäudehüllen, Tec-bat, Suissetec Oberwallis und der Walliser Verband der Kaminbauer (AVCC), haben die Lohnverhandlungen für 2026 als Vergeltungs-

massnahme für die Gewerkschaftsdemonstration vom 11. Oktober abgesagt.

Zur Erinnerung: Es handelte sich um eine Aktion zugunsten der Bauarbeiter, bei der ein Demonstrationzug unter den Fenstern der Verbandsbüros Halt machte.

Die betreffenden Verbände begründeten ihre Ablehnung zunächst damit, dass die Demonstration gegen den Gesamtarbeitsvertrag verstossen habe. Dies machte jede Verhandlungslösung unmöglich, von der die mehr als 3250 Beschäftigten dieser Branche hätten profitieren können. «Diese Knausrigkeit trägt nicht dazu bei, die Attraktivität der Bauberufe zu verbessern», kritisiert die Unia Wallis, die eine Lohnerhöhung von 2 Prozent gefordert hatte.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/Goldene-Raspel)
[rebrand.ly/Goldene-Raspel](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/Goldene-Raspel)

Unia setzt sich bei Baukadervertrag durch

Neben dem neuen Landesmantelvertrag (LMV) wurde ebenfalls der Baukadervertrag neu verhandelt. Dieser regelt die Arbeitsbedingungen von rund 7500 Polieren und Werkmeistern. Seit je gilt der LMV als Leitvertrag für den Baukadervertrag. Von Errungenschaften im LMV profitieren die Poliere ganz direkt. Auch weil viele Bestimmungen normalerweise eins zu eins in den Baukadervertrag übernommen werden. Dieser wird immer nach dem LMV-Ringen verhandelt – von Unia, Syna und Baukader Schweiz einerseits und dem SBV andererseits. Am 28. Januar war es wieder so weit. In Zürich trafen die Parteien zusammen, die Verhandlungen sind alles andere als einfach verlaufen. Der SBV wollte es auch hier komplizierter – und billiger! Doch auf ein solches Theater liessen sich die Gewerkschaften nicht ein. Nach intensiven Diskussionen setzten sie sich schliesslich durch. Damit konnten alle im LMV erreichten Verbesserungen auch für die Polierergesichert werden.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/Baukadervertrag)
[rebrand.ly/Baukadervertrag](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/Baukadervertrag)

Equal Pay Day

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, unabhängig vom Geschlecht – eigentlich ist das in der Schweiz sogar gesetzlich geregelt. Denn seit 30 Jahren ist das Gleichstellungsgesetz in der Schweiz in Kraft. Dieses verbietet jegliche Diskriminierung am Arbeitsplatz und stellt die Chancengleichheit im Erwerbsleben sicher. Trotzdem ist er wieder da – der Equal Pay Day. Dieses Jahr fiel dieser auf den 13. Februar. Die Bedeutung: Angesichts der Lohnun-

Pflegeinitiative: Wenn das Vertrauen in die Politik schwindet

Es ist ein Trauerspiel: Vor vier Jahren hat das Stimmvolk die Pflegeinitiative mit satten 61 Prozent angenommen. Und was machen die rechten Politiker: Sie blockieren bessere Arbeitsbedingungen für Pflegende, wo sie nur können. Davon hat auch die Bevölkerung die Nase voll, wie die Kommentare auf Social Media deutlich zeigen. Die Pflegenden selbst denken offen über einen Streik nach (siehe auch Seite 10).



@workzeitung

Darum bei den Wahlen 2027 daran denken, wer die Initiative blockiert, und nicht mehr rechts wählen! Ihr habt es in der Hand!
Pipapo

Aber den Einkaufstourismus innerhalb von einem Monat von 300 auf 150 Franken reduzieren, das können die in Bern. Wenn die was wollen, geht's sofort.
User700209

Für die Bauern haben sie immer Geld. Für uns nicht.
Barbara

Geht in den Streik. Ihr verdient es, bessere Arbeitsbedingungen zu bekommen.
Naturedude

Die Politik hat kein Interesse an den Menschen. Es geht nur um ihren Reichtum.
Schorsch

War ja klar: Den Pflegenden muss Applaus genügen!
Sergiovogel

Das ist einfach eine Frechheit!
Suzanne



gleichheit hierzulande haben Frauen bis zu diesem Datum unbezahlt gearbeitet. Eine ernüchternde Bilanz. Die aktuellen Zahlen des Bundesamts für Statistik sind aus dem Jahr 2022 und belegen einen Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern von durchschnittlich 16,2 Prozent. Diese sogenannten Gaps gibt es auch in weiteren Kategorien – vom Friedensnobelpreis, über den Chefinnensessel bis zum Orgasmus.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/Equal-Pay-Day)
[rebrand.ly/Equal-Pay-Day](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/Equal-Pay-Day)

Der Norden Syriens brennt



Dilek Aykan.

FOTO: THIERRY PORCHET

Seit Jahresbeginn schwebt über dem Nahen Osten wieder das Gespenst des Chaos. Dies, weil die syrische Übergangsregierung eine brutale Militäroffensive gegen Rojava gestartet hat. Rojava, so nennen

die Kurdinnen und Kurden die Region im Norden und Osten Syriens. Seit sie den Islamischen Staat (IS) ab 2015 er-

folgreich aus der Gegend zurückgedrängt haben, verwalten die im Gebiet lebenden Völker Rojava unabhängig von Damaskus. Doch jetzt schlagen die neuen Machthaber Syriens mit voller Härte zurück. Die hiesigen Medien behandeln das Thema mit fast vollständiger Gleichgültigkeit. Die wenigen Bilder, die uns aus der Region erreichen, zeigen Übergriffe, Morde und eine massive Fluchtbewegung der Bevölkerung. Die kurdische Exilpolitikerin und Unia-Aktivistin Dilek Aykan warnt.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/Rojava-Aykan)
[rebrand.ly/Rojava-Aykan](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/Rojava-Aykan)

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie [workzeitung.ch](https://www.workzeitung.ch) im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!



DIE NÄCHSTE MIGROS-SAUEREI: Mit diesen Plakaten sorgte die Migros Aare für viel Unmut. FOTO: KEYSTONE / ZVG

Angeblich zu risikoreich Geht's noch? Migros rüffelt Mitarbeitende für Freizeitunfälle

Ein Personalaushang der Migros Aare bringt 8500 Mitarbeitende auf die Palme: Sie hätten ein zu risikoreiches Freizeitverhalten – und seien daher schuld an Stress und Unfällen in den Filialen! Jetzt krebst der orange Riese zurück.

JONAS KOMPOSCH

Da hat sich die Migros Aare ein schönes Ei gelegt. In ihren rund 200 Filialen tauchten Anfang Jahr Plakate auf, die seither bei den Mitarbeitenden für heftigen Unmut sorgen. Rund 8500 Angestellte zählt die Genossenschaft in den Kantonen Bern, Aargau und Solothurn. An sie alle richtet sich der Aushang, der unterzeichnet ist mit «eure Spezialisten AS/GS». Das Kürzel steht für Arbeitssicherheit/Gesundheitschutz. Die konzerneigenen Gesundheits-Aufpasser mahnen die Migros-Teams in grossen Lettern: «Ausgang und Ferien verursachten 2025 in der Migros Aare 2100 Ausfalltage.» Das sei viel zu viel, so die implizite, aber klare Botschaft. Zumal «Strassenverkehr und Sport» da noch nicht einmal eingerechnet seien.

Tatsächlich aber hat die Migros Aare wenig Grund zu klagen. Denn im Vergleich zu anderen Detailhändlern scheinen ihre Mitarbeitenden ein sehr unfallarmes Privatleben zu führen. Das zeigt die Unfallstatistik der Suva (siehe Spalte rechts).

Doch die Migros-«Spezialisten» tadeln oberlehrerhaft weiter: «Unfälle passieren nicht, sondern werden gemacht.» Und damit ist noch nicht genug der Lektionen.

PLAKAT MIT HAPPIGEN VORWÜRFEN

Ein zweiter Aushang belehrt die Mitarbeitenden über die angeblichen Folgen ihres angeblich zu risikoreichen Privatlebens. Als Beispiel dient der zweiwöchiger Ausfall eines Team-Mitglieds. Ein solcher Ausfall habe zur Folge, dass «82 Stunden abgedeckt werden müssen, die nicht geplant sind». Das seien Stunden, die «deine Team-Mitglieder stemmen müssen». Diese gerieten zudem «unter mehr Stress und Druck». Sogar «einem erhöhten Unfallrisiko» werde das verbleibende Team ausgesetzt, wenn eine Kollegin ausfalle.

Man reibt sich die Augen. Sind die Genossenschaften der grössten Arbeitgeberin in der Schweiz wirklich nicht zu einer nachhaltigen Personalplanung fähig? Ist die Gesundheit der Mitarbeitenden automatisch gefährdet, wenn andere einmal ausfallen? Läuft die Migros Aare mittlerweile derart am Limit? Im Vergleich dazu gerade lachhaft harmlos liest sich die letzte auf dem Plakat genannte Ausfallfolge: «Der Mehraufwand für deine Führungskraft erhöht sich durch Gesundheitsgespräche.» Gar nicht zum Lachen aufgelegt sind ob solch absurder Belehrungen die Teams in den Filialen.

BEI DEN ANGESTELLTEN BRODELT'S

Die Berner Verkäuferin Olga Gygax* sagt zu work: «Ich finde diese Plakate respektlos und unprofessionell. Da wird

uns generell Fahrlässigkeit oder sogar Absicht unterstellt. Als ob wir uns einen Vorteil erschleichen wollten!» Ihr gesamtes Team fühle sich vor den Kopf gestossen. Sogar der Filialleiter habe reklamiert.

Stefan Lötscher* arbeitet in derselben Filiale und bestätigt: «Die Plakate sind eine Frechheit – und das sehen alle so.» Ihn störe besonders, dass sich die Migros anmasse, in die Ferien- und Wochenendgestaltung der Belegschaft dreinzureden. Das sei Privatsache und gehe eine Arbeitgeberin gar nichts an. «Oder sollen wir jetzt nur noch für die Migros leben?» Der Frust des jungen Verkäufers ist nicht zu überhören. Doch überraschend komme für ihn der Aushang nicht: «Ehrlich gesagt passt er voll ins Bild. Bei uns wird extrem viel erwartet, aber relativ wenig gegeben.» Und diese Logik habe seit letztem Herbst noch deutlich zugenommen.

Beide Angestellten sprechen von «Spardruck» und von einer «Durchsage von oben», wonach Stunden reduziert werden müssten. Lötscher sagt: «Es gibt allgemein viel weniger Einsätze als früher, und überall werden Stunden zusammengezogen.» Gygax sagt: «Aktuell ist es sehr unschön. Sobald wir eingestempelt haben, geht es praktisch nur noch darum zu beweisen, dass wir nicht faul sind.» Und wer sich nicht hyperflexibel zeige und spontan einspringe, werde künftig bei

der Schichtvergabe benachteiligt. Das und die schlechte Stimmung hätten schon etliche so vergault, dass sie gekündigt hätten. «Der Aushang bestätigt jetzt einfach noch schwarz auf weiss, was bei uns wirklich abgeht», sagt Gygax.

«EIN INTERNES MISSVERSTÄNDNIS

Als work die Genossenschaft mit ihrem Aushang konfrontiert, herrscht zunächst Funkstille. Doch intern rumpelt es offenbar zeitig und zünftig, wie ein klärendes Gespräch später zeigt. Anruf der Migros-Aare-Sprecherin Neda Golafchan: Zunächst dankt sie der Unia-Zeitung für den Hinweis auf die fraglichen Aushänge. Und stellt dann klar: «Die Plakate hätten so natürlich nicht aufgehängt werden sollen!» Es habe sich um ein «internes Missverständnis» gehandelt. Weder das HR noch die Kommunikationsabteilung seien involviert gewesen. Nach der work-Anfrage habe man alle Plakate in sämtlichen Filialen «unverzüglich» entfernt.

Und was ist mit den Spardruck-Vorwürfen? Das sei «kein alleiniges Migros-Thema», sagt Golafchan. Die gesamte Detailhandelsbranche sei «stark unter Druck». In der Personalplanung der Migros Aare habe sich aber nichts geändert: «Wie bisher versuchen wir, die Ansprüche und Bedürfnisse unserer Mitarbeitenden möglichst optimal wahrzunehmen.» Die Fürsorgepflicht gegenüber ihren Mitarbeitenden sei der Genossenschaft sehr wichtig.

Es sind Versprechen, die für Verkäuferin Gygax und den Kollegen zu spät kommen. Beide haben mittlerweile entschieden, sich beruflich neu zu orientieren.

NICHTBERUFS-UNFÄLLE:

MIGROS-AARE-TEAMS SIND SAFE

Mit Corona sind die Nichtberufsunfälle bei Detailhandelsbeschäftigten in der Schweiz deutlich gesunken. Danach ist die Fallzahl wieder etwas gestiegen, liegt aber noch immer unter dem Vor-Pandemie-Niveau. Das zeigt die Unfallstatistik der Suva.

TOP. Gerade die Migros Aare hat wenig Grund, ihre Mitarbeitenden zu ermahnen. Denn wenn die rund 8500 Angestellten zusammen 2100 freizeitunfallbedingte Ausfalltage verzeichnen (ohne Sport und Verkehr), ergeben sich gerade mal 0,25 Absenztage pro Teammitglied und Jahr. Zum Vergleich: Im gesamten Detailhandel liegt das durchschnittliche Absenztage-Risiko wegen Nichtberufs-unfällen (einschliesslich Sport und Verkehr) um ein Vielfaches höher. Nämlich bei 2,43 Ausfalltagen pro Mitarbeiter und Jahr. Detailliertere Zahlen wollte die Migros Aare nicht herausrücken. (jok)

* Namen geändert

FRAUENTAG-AGENDA

Was wann wo läuft

Der 8. März bietet auch dieses Jahr wieder eine breite Palette an spannenden Anlässen. Hauptthema ist der Kampf gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. work gibt einen Überblick:

ARBON
Samstag, 7. März
Abend mit Essen, Musik und Unterhaltung
Wann: 19.00 bis ca. 1.00 Uhr
Wo: Seeparksaal Arbon

BASEL
Sonntag, 8. März
Öffentlicher Brunch: Gemeinsames Zusammensein und sichtbares Engagement für Respekt und Gleichstellung am Arbeitsplatz.
● Informationen zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
● T-Shirts drucken
Wann: 10.00 Uhr
Wo: Theaterplatz
Alle Interessierten sind herzlich willkommen.
Demo: 14.00 Uhr, Ni-una-menos-Platz (ehem. Marktplatz)

BERN
Samstag, 7. März
Unia-Frauenkonferenz: Stop sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz. Workshops, Schulung und Diskussion zum Kampagnenstart. Männer sind willkommen und werden gebeten, sich im Hintergrund zu halten.
Wann: 10.00–16.00 Uhr
Wo: Unia Zentralsekretariat Bern, Egghölzli, Weltpoststrasse 20
Anmelden unter frauen@unia.ch

Sonntag, 8. März
Demo: 15.00 Uhr, Bahnhofplatz

BIEL
Dienstag, 17. März
Infoveranstaltung zum Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Mit Rechtsanwältin Marie Moeschler
Wann: 19.00 Uhr
Wo: Unia Sekretariat Biel, Murtenstrasse 33, 5. Stock

LUZERN
Sonntag, 8. März
Stimmen erhalten, Räume zurückholen Workshop
Wann: 10.00–12.00 Uhr
Wo: Forumtheater

ST. GALLEN
Sonntag, 8. März
Demo: 16.00 Uhr, Kornhausplatz

ZÜRICH
Freitag, 6. März
Lesung des Romans «Geliebte Mutter – Canim Annem» der Autorin Çiğdem Akyol, moderiert von Anouk Robinigg
Wann: 18.30 Uhr
Wo: Unia Sekretariat Zürich-Schaffhausen, Strassburgstrasse 11, Saal im 6. Stock
Melde dich jetzt an!

Samstag, 7. März
Demo: 17.30 Uhr, Paradeplatz

WINTERTHUR
Freitag, 6. März
Demo: 10.30 Uhr, Oberer Graben



Sexuelle Belästigung in Five-Guys-Filiale

Genfer Urteil mit Signalwirkung

Die Betreiberin einer Five-Guys-Filiale in Genf hat ihre Schutzpflichten verletzt, sagt das Arbeitsgericht in Genf. Das ist ein wichtiges Urteil für alle Betroffenen von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.

MANON TODESCO*

Nach einem jahrelangen Verfahren hat Jessica* endlich recht bekommen: Das Arbeitsgericht Genf hat sie als Opfer sexueller Belästigung anerkannt. Sie hatte gegen ihre ehemalige Arbeitgeberin geklagt. Dabei handelt es sich um die Pastem SA, die in Genf als Franchisenehmerin den Fast-Food-Laden Five Guys betreibt. Jessica warf ihrer früheren Arbeitgeberin vor, sie nicht ausreichend geschützt zu haben. Sie sei von Mitarbeitern wiederholt als «Hure» und «Schlampe» bezeichnet worden. In den engen Küchenräumen hätten Mitarbeiter sich an ihr «gerieben» oder sie «gestreichelt». Als schlimmsten Vorfall bezeichnet sie aber das, was nach einer Spätschicht passierte: Ein Arbeitskollege bot ihr an, sie nach Hause zu fahren. Im Auto fasste ihr der Kollege an die Brust.

FEINDESELIGES UMFELD FÜR FRAUEN

Obwohl sie gemeinsam mit der Unia gemeldet hatte, dass es bei der Arbeit zu sexuellen Belästigungen und sogar zu Übergriffen kam, geschah viel zu wenig. Das sah jetzt auch das Gericht so: Im Betrieb habe ein «ungeeignetes und feindseliges Umfeld» für Frauen geherrscht. Darauf deutete auch, dass im Betrieb die Männer befördert wurden, während gleichzeitig viele Frauen nacheinander das Unternehmen verliessen. Dieser Indikator hätte den Verantwortlichen klarmachen müssen, dass es diesbezüglich ein grosses Problem gibt.

Im Urteil wird die Pastem SA dafür gerügt, dass sie weder präventiv etwas für ein



ZWISCHEN POMMES UND BURGERN: Jessica wurde bei der Arbeit in einer Five-Guys-Filiale sexuell belästigt und ist vor Gericht erfolgreich gegen ihre ehemalige Arbeitgeberin vorgegangen. FOTO: ZVG

besseres Arbeitsklima getan habe noch angemessen auf die Vorwürfe reagierte. «Die vom Unternehmen ergriffenen Massnahmen waren völlig unwirksam», sagte Jessicas Anwältin Valerie Debernardi.

Die Arbeitgeberin sah die Schwere der Tat nicht ein.

berin Jessicas Anzeige auf die leichte Schulter nahm und die Schwere der Tat selbst während der Verhandlung nicht einsah. Die Anwältin streicht hervor: «Das Urteil verdeutlicht, dass eine Arbeitgeberin ihre Sorgfaltspflicht wahrnehmen muss. Das ist ein sehr wichtiger Punkt.»

BEISPIELHAFTER PROZESS

Konkret wurde die Pastem AG dazu verurteilt, Jessica knapp 20 000 Franken zu zahlen, was einer Entschädigung in der Höhe von zwei durch-

schnittlichen Schweizer Monatsgehältern sowie einem Schadenersatz für den Einkommensverlust infolge ihrer Kündigung entspricht.

Jessicas Anwältin betont: «Sie hatte den Mut, diesen Kampf gegen einen multinationalen Konzern zu führen, und sie hat recht bekommen.» Denn es gehe nicht nur um Jessica, sondern auch um ihre Kolleginnen und alle Frauen, die schweigen mussten.

Für Aude Spang, Gleichstellungsbeauftragte bei der Unia, muss dieses Urteil als Beispiel dienen. Sexuelle Belästigung ist ein systemisches Problem, das die gesamte Gesellschaft betrifft. Und nur eine Minderheit der Opfer schafft es, die Strapazen eines Gerichtsverfahrens auf sich zu nehmen.

Ein Wermutstropfen bleibt: Die Pastem hat beschlossen, das Urteil weiterzuziehen. work bleibt dran.

* Dieser Beitrag ist zuerst in der französischsprachigen Unia-Zeitung «L'Événement syndical» erschienen.

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist in der Schweiz weit verbreitet

Die schockierenden Zahlen und Fakten

Ob Anstarren, obszöne Gesten, sexistische Witze, oder unerwünschte Berührungen: das alles ist sexuelle Belästigung und verletzt geltendes Recht. Und es geschieht viel zu oft. ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Jede zweite

Person (Männer und Frauen) hat in ihrem Erwerbsleben sexuelle Belästigung erlebt.

1/3

der Frauen haben im letzten Jahr sexuelle Belästigung erlebt. Bei den Männern sind es 26,5%.

18%

der Betroffenen wenden sich an ihre Vorgesetzten, 13% an interne oder externe Vertrauenspersonen, 9% an Personalverantwortliche.

Jeder fünfte

Arbeitgeber geht davon aus, dass sexistische Verhaltensweisen nicht unter sexuelle Belästigung fallen.

74%

der Arbeitnehmer:innen berichten über mehrere Vorfälle. Meistens sind es abwertende oder obszöne Sprüche oder Witze. Häufig sind es auch aufgezwungene Geschichten mit sexuellem Inhalt, obszöne Gebärden, Gesten, unerwünschter Körperkontakt, Nachpfeifen, Anstarren sowie unerwünschte abwertende oder obszöne Nachrichten oder E-Mails.

41%

der Betroffenen berichten von negativen Folgen wie Schamgefühlen, Verschlechterung des Arbeitsklimas, Wunsch zur Kündigung.

1/4

der Arbeitgebenden fehlt das Bewusstsein dafür, dass bei Grenzüberschreitungen die eigene Wahrnehmung nicht zwingend mit derjenigen des Gegenübers übereinstimmen muss.

36%

der Frauen berichten von Belästigung durch Vorgesetzte.



LISA ROSSI: «Für junge Menschen mit linken Anliegen, die nicht in die Politik einsteigen wollen, gibt's im Oberwallis eigentlich nur die Unia.» FOTO: ZVG / ALAIN AMHERD

Lisa Rossi (29) leitet neu die Unia Oberwallis

Achtung, Machos: Jetzt legt Lisa los!

Sie ist jung, feministisch, links. Sie legt sich auch mal mit mächtigen Männern an. Und das im konservativen Oberwallis. work stellt die neue Sektions-Leiterin Lisa Rossi vor.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Lisa Rossi sitzt in ihrem Büro vor einer auffällig grünen Tapete: «Hier sieht es aus wie in der DDR», witzelt die 29jährige. Sie selbst aber ist ganz im Hier und Jetzt, und zwar im Unia-Büro in Brig. Rossi hat Anfang Jahr die Leitung der Unia-Sektion Oberwallis übernommen und ist damit erst die zweite Frau in dieser Funktion. Eine junge Frau in einer Führungsposition im konservativen Oberwallis: immer noch eine Rarität. Wie geht Rossi damit um? «Es gibt Vor- und Nachteile», sagt sie. Als eine Art Pionierin mache sie auch von sich reden:

«In Verhandlungen werde ich manchmal unterschätzt.»

gibt noch viel zu tun in Bezug auf die Gleichberechtigung! Wir müssen noch viel Überzeugungsarbeit leisten.» Generell hat Rossi den Eindruck, als junge Frau doppelt so viel leisten zu müssen wie ein Mann: «Für die gleiche Anerkennung, die einem Mann einfach in den Schoß fällt.» Doch manchmal wirke es sich auch positiv aus. Rossi erlebt es so: «In Schlichtungsverhandlungen werde ich von der Gegenpartei – meist vertreten durch einen älteren Mann – manchmal unterschätzt. Das konnte ich auch positiv zu meinem Vorteil nutzen.»

DER FALL BUTTET

Lisa Rossi. Kein ganz unbekannter Name, zumindest in der Deutschschweiz. Sie hat 2024 eine Petition mitangestossen, die Yannick Buttet zu Fall brachte. Der Ex-CVP-Nationalrat war wegen sexueller Belästigung und Nötigung verurteilt worden. Trotzdem hätte er als Präsident

der Walliser Tourismuskammer das Image der Feriendestination Wallis repräsentieren sollen. Und er wäre der direkte Vorgesetzte einer jener Frauen geworden, die ihn angezeigt hatten. Rossi sagt: «Dass Buttet für diese Position überhaupt in Betracht gezogen wurde, zeigt exemplarisch, wo wir in Sachen Gleichberechtigung stehen.» Macho-Seilschaften seien noch immer eine Realität.

DER HISTORISCHE STREIK

Feminismus und soziale Gerechtigkeit sind zwei Dinge, die Rossi von Kindesbeinen an geprägt haben. «Mein Vater stammt aus Frankreich und war in der kommunistischen Jugendpartei. Meine Mutter hat sich schon immer für Gleichstellung engagiert und ist sehr weltoffen.» Dass Rossi der Unia-Jugend beitrifft, scheint da fast logisch: «Für junge Menschen mit linken Anliegen, die nicht in die Politik einsteigen wollen, gibt's im Oberwallis eigentlich nur die Unia.» Für feministische Anliegen sensibilisiert habe sie auch der grosse Frauenstreik von 2019. Sie war damals auch an der Gründung des feministischen Kollektivs Oberwallis beteiligt.

Nach dem Studium der Sozialen Arbeit, Sozialpolitik und Soziologie begann sie 2022 ihre Arbeit bei der Unia. Zuerst als Leiterin der IG Jugend. Und sie war für die Lonza zuständig. Der globale Pharmakonzern hat in den letzten Jahren seine Produktionskapazitäten in Visp massiv ausgebaut, auch im Zuge der Herstellung des Corona-Impfstoffes Moderna. Der 1897 im Wallis gegründete Konzern beschäftigt weltweit 18 000 Mitarbeitende, 4500 davon im Oberwallis. Er ist damit der grösste Arbeitgeber in der Region.

DER BOOM

Überhaupt erlebt das Oberwallis wirtschaftliche Boom-Jahre. Seit der Corona-Pandemie betrug die Arbeitslosigkeit nie mehr als 2 Prozent. Nebst der Lonza floriert auch die Scintilla AG, die in St. Niklaus im Mattertal für den deutschen Technologiekonzern Bosch Sägeblätter herstellt. Eine wichtige Branche für Wirtschaft und Gewerkschaft ist auch der Bau. Im gewerkschaftlichen Fokus stehen hier die Grenzgänger aus Italien. Nebst überlangen

Arbeitstagen aufgrund der langen Arbeitswege ist jetzt auch noch eine Gesundheitssteuer in Italien angedacht, obwohl sie ohnehin schon in der Schweiz und in Italien Steuern zahlen. Rossi erklärt: «Die Steuern in der Schweiz und in Italien fressen den Grenzgängerinnen und Grenzgängern immer mehr vom Lohn weg.»

Auch der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftszweig im Oberwallis. Im Gastgewerbe kommen die meisten Mitarbeitenden von selbst auf die Unia zu. Viele von den immer gleichen Gastrobetrieben. Rossi erklärt: «Meistens geht es um ausstehende Lohnzahlungen, fristlose Kündigungen oder um Fälle von Krankheit.» Bei der Kollegin, die einmal pro Woche in Zermatt Sprechstunden anbiete, sei der Ansturm riesig. Dasselbe in Leukerbad. Ein grosses Problem für die Gastronamitarbeiterinnen ist auch die sexuelle Belästigung. Sexistische Sprüche, auch von Gästen, gehören für viele zum Alltag. Und gleichzeitig stehen sie immer unter dem Druck, trotzdem freundlich bleiben zu müssen. Deshalb liegt Rossi auch die nationale Unia-Kampagne gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz am Herzen. «Damit die Arbeitnehmerinnen die Anlaufstellen kennen und sich besser wehren können, auch die Chefs das Problem anerkennen und endlich flächendeckend eine Null-Toleranz-Politik einführen.» Diese Kampagne sieht Rossi als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit im Oberwallis. Aber klar ist: «Wir wollen auch in der Lonza und in anderen Industriebetrieben weiterhin präsent sein und wachsen, so wie auf dem Bau und in Branchen wie Gastro, Verkauf oder Pflege.»

Und was plant die Unia Oberwallis für den 8. März? Da gibt es einen feministischen Brunch, für den Austausch, zum Kraft tanken.

Lisa Rossi: Aus dem malerischen Bergdorf

Lisa Rossi (29) ist dort aufgewachsen, wo andere Ferien machen: in Saas-Fee. In ihrer Freizeit ist ihr der Kontakt zur ihrer Familie und ihrem Freundeskreis sehr wichtig. Deshalb reist sie noch immer regelmässig ins malerische Bergdorf. Und sie ist begeisterte Fussballerin: «Allerdings nur auf der Zuschauertribüne!» (asz)

Am Arbeitsplatz belästigt?

So kannst du dich wehren!

Eine neue Broschüre der Gewerkschaft Unia zeigt auf, wie man sexuelle Belästigung erkennt und sich wehrt. Denn Arbeitgeber sind in der Pflicht, Búezerinnen und Búezer zu schützen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Anzügliche Blicke, sexistische Witze, unerwünschte Berührungen – viele Formen der sexualisierten Gewalt passieren im Versteckten. Gerade am Arbeitsplatz sind die



Búezerinnen und Búezer belästigendem Verhalten stark ausgesetzt. Konkret in Zahlen: Zwei von drei Frauen und fast jeder zweite Mann erleben belästigendes Verhalten am Arbeitsplatz.

Sich zu wehren ist nicht immer einfach. Besonders Frauen, darunter Migrantinnen, Jugendliche, Menschen mit Behinderung sowie Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus, sind statistisch häufiger von Übergriffen betroffen. Gemeldet werden die Vorfälle aber wenig, denn gerade bei Stellen im Niedriglohnssektor sind viele Betroffene stark von ihrer Arbeit abhängig und haben Angst vor Konsequenzen.

WIE VERHALTEN?

Die neue Broschüre der Gewerkschaft Unia klärt auf, wo Belästigung beginnt. Die Grenze zwischen einvernehmlichem Flirt und Belästigung liegt bei der Zustimmung. Auslösen kann Belästigung Wut, Angst, geringes Selbstbewusstsein sowie ein schlechtes Arbeitsklima. Doch was sind die Rechte der Arbeitnehmenden? Die Broschüre

Sich zu wehren ist nicht immer einfach. Besonders betroffen sind Frauen.

zeigt klar auf, wo das Gesetz Betroffene in Schutz nimmt: Das Gleichstellungsgesetz schreibt vor, dass sexuelle Belästigung verboten ist. Das Arbeitsgesetz führt auch aus, dass der Arbeitgeber die Gesundheit der Arbeitnehmenden schützen muss.

Und so können Sie sich wehren: Einer der wichtigsten Schritte bei Belästigung am Arbeitsplatz ist, den genauen Vorfall mit Datum, Uhrzeit, Ort und Informationen zur Tat zu notieren. So kann man schriftlich nachweisen, was geschehen ist. Hilfe können sich Betroffene an diversen Stellen suchen, unter anderem bei Fachstellen oder bei ihrer Gewerkschaft.

Die Unia-Broschüre «Stopp sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz» erscheint in zehn Sprachen, darunter Italienisch, Polnisch oder Albanisch und kann unter folgendem Link bestellt werden: rebrand.ly/Broschüre-Belästigung.



Laura und die Möblierung des Bundesplatzes

Als ich für einen Kafi und Zigi kurz an die frische Luft ging, wartete mein Gspönl bereits draussen auf den Beginn seiner Spätschicht. Ich fragte, wie es ihm gehe, und seine Sorgen sprudelten plötzlich wie aus dem Nichts aus ihm raus.



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

Seine Wohnung sei ihm gekündigt worden, und er habe ein knappes Jahr Zeit, um etwas zu finden. Der gesamte Wohnblock werde saniert. Das ist in der Stadt nicht ungewöhnlich: Alte Mieterinnen raus, neue rein, und die Mieten explodieren. Mein Gspönl sucht wie verrückt, aber etwas Vergleichbares in der Nähe zu finden ist wie der Sechser im Lotto, sagte er mir. Die Mieten steigen, aber die Löhne nicht. Mit einem Nettolohn von knapp 4000 Franken könne er sich eine Miete von über 2000 Franken nicht leisten. Unmöglich!

EXISTENZANGST. Zudem gibt es verständlicherweise Hunderte Bewerbungen für die wenigen günstigen Wohnungen. «Wie soll das gehen mit unserem Lohn?» fragte er. Und die besorgte Stimme kippte in Wut um. «Wie stellen sich das die Politikerinnen vor? Die Löhne bleiben praktisch unverändert, während alles andere ansteigt!» Er listete seine Ausgaben auf, und allein durch die Fixkosten summiert sich bereits einiges. Kommen noch Extras wie zum

Ich kenne viele, die Sorge haben, ihr Zuhause zu verlieren.

Beispiel ein Zahnarztbesuch hinzu, wird's happig. Er möchte nicht aus der Stadt weg, da sein Leben und das seiner Familie hier stattfindet.

Hier sind Schule, Freunde und Arbeit. Ich kann das vollkommen nachvollziehen und werde auch wütend. «Was ist, wenn ich bis dahin nichts finde?» fragte mein Gspönl. «Dann sind wir auf der Strasse, und mir bleibt nichts anderes, als auf dem Bundesplatz zu schlafen, die ganze Familie mit Hab und Gut.» Und ich stimmte ihm zu. «Die Existenzangst begleitet uns non-stop, obwohl wir uns an die Regeln des Systems halten», sagte er weiter. «Wir arbeiten und zahlen die horrenden Rechnungen, und trotzdem scheint es nie genug zu sein! Ich schlafe sehr schlecht momentan.»

VERDRÄNGUNG. Laut Studien der ETH Zürich aus dem Jahr 2025 waren zwischen 2015 und 2020 über 14000 Personen allein in der Stadt Zürich von dieser Verdrängung betroffen. Ich kenne viele, die grosse Sorgen haben, ihr Zuhause zu verlieren. Ich hoffe sehr für uns alle, dass es nicht notwendig sein wird, den Bundesplatz zu möblieren.

Lohnerhöhung von 1,5 Prozent in Berner Toblerone-Fabrik Zu Ostern gibt's mehr Lohn für alle

Anfang April steigen die Löhne der 220 Mitarbeitenden in der Berner Toblerone-Fabrik um 1,5 Prozent. Geschenkt war das nicht: Die Lohnerhöhung für alle ist die Folge eines mehrjährigen Kampfes der Belegschaft.

IWAN SCHAUWECKER

Betriebselektriker Urs Brunner (55) ist glücklich über das Resultat der Lohnverhandlungen: «Nach jahrelangen Auseinandersetzungen haben wir nun endlich eine Lohnerhöhung, die allen im Betrieb zugute kommt und nicht gleich von der Teuerung weggefressen wird.» Eine generelle Lohnerhöhung von 1,5 Prozent ist das erfreuliche Resultat der diesjährigen

«Wir haben viele Konflikte ausgetragen.»

UNIA-SEKRETÄR IVAN KOLAK

Lohnverhandlungen. Zusätzlich gibt es noch 0,4 Prozent individuelle Lohnerhöhungen. Brunner sagt: «Dieses Jahr hat die Geschäftsleitung bei den Verhandlungen Wertschätzung für unsere Arbeit gezeigt, und wir mussten nicht streiten.»

ARBEITSKAMPF ALS GRUNDLAGE

Vor drei Jahren war das noch anders. 2023 ging Brunner auf die Barrikaden und wehrte sich zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen gegen Mondelez, den US-Konzern und Besitzer der Toblerone-Fabrik. Trotz Teuerung und der Einführung eines Vier-Schicht-Betriebs wollte Mondelez die Löhne nicht erhöhen. Damals war Brunner auch als Redner am 1. Mai auf dem Bundesplatz. Bei einem Treffen mit Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider machte er sich für die Rechte seiner Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter stark. Die Belegschaft forderte 6 Prozent mehr Lohn als Ausgleich für steigende Lebenshaltungskosten und die höhere Arbeitsbelastung. Trotz dem Milliardengewinn von Mondelez waren die Reallöhne rückläufig, und nach einer kollektiven Lohnerhöhung im Jahr 2023 gab es im Folgejahr wieder nur individuelle Lohnerhöhungen. Für Unia-Sekretär Ivan Kolak ist das diesjährige Resultat die Folge der langjährigen Aufbauarbeit: «Wir haben uns über mehrere Jahre hinweg gewehrt und immer wieder Konflikte ausgetragen.»

NIE AUFGEBEN

Wichtig sei, dass die Belegschaft nie aufgegeben habe und auch kleine Erfolge feierte, sagt Kolak. Zudem sei auch die Vernetzung mit den anderen europäischen Standorten und Betriebskommissionen ein Vorteil bei den Verhandlungen mit Mondelez gewesen. Kolak sagt: «In der Oreo-Fabrik von Mondelez in Spanien gab es 2024 einen zweimonatigen Streik, bis der Konzern zu einem Kompromiss bereit war.» Auch in Frankreich, Deutschland und Österreich hat Mondelez Zugeständnisse gemacht und kollektiven Lohn-erhöhungen zugestimmt. Dass in der Berner Fabrik jetzt nicht nur 65 Millionen Franken in neue Maschinen investiert werden, sondern auch in die Menschen, sieht Kolak als eine erfreuliche Entwicklung.

MEHR GELD FÜR SCHOGGI-BÜEZERINNEN: In der Toblerone-Fabrik in Bern Brünnen zahlt sich der Arbeitskampf nun aus.

FOTO: 123RF

Produktion: Rückkehr zur Swissness, aber nicht in die Schweiz

Täglich produziert die Fabrik in Bern Brünnen 4 Millionen Stangen Toblerone. Seit 2025 ziert auch ein Schweizer Kreuz die Verpackung. Dies, nachdem Mondelez 2023 das Matterhorn verschwinden liess, weil der Konzern einen Teil der Produktion nach Bratislava ausgelagert hatte.

BAUERNPROTEST. Die Verwendung von Schweizer Nationalsymbolen auf Verpackungen von Lebensmitteln ist nur erlaubt, wenn 80 Prozent des Gewichts der verwendeten Rohstoffe, die in der Schweiz existieren, auch aus der Schweiz stammen und die wesentlichen Verarbeitungsschritte in der Schweiz stattfinden. Das scheint für das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum gegeben. Doch die Bauern sehen das anders: Mitte Februar protestierten Bauern vor der Fabrik in Bern Brünnen, weil Mondelez Butter aus der EU statt aus der Schweiz für die Produktion verwenden will.

Jetzt beweisen auch die Daten des Kantons: Scheinselbstständige stromerten für Amazon in Aargauer Datacenter

Bussen, Sperren und rekordhohe Konventionalstrafen – neue Daten zeigen das Dumping-Ausmass in einem Datacenter von Green. Ex-Boss und SVP-Nationalrat Franz Grüter hat eine pikante Rolle.

JONAS KOMPOSCH

Green ist die wohl bedeutendste Datacenter-Dienstleisterin der Schweiz. Die Firma betreibt mehrere Rechenzentren in Zürich und im Aargau. Zu ihren Kunden zählen auch Big-Tech-Kaliber wie Google. Und Green ist weiter auf Expansionskurs. Gerade entsteht in Lupfig AG ein viertes, riesiges Hochsicherheitsrechenzentrum. Der Mann, der Green gross gemacht und bis letzten Herbst als Verwaltungsratspräsident geführt hat, heisst Franz Grüter. Er ist Nationalrat und einer der wichtigsten Strategen der SVP. Also jener Partei, die die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Schweizer Löhne vehement bekämpft. Dank eben jenen flankierenden Massnahmen ist jetzt Brisantes aufgeflohen.

US-RIESE HOLT BILLIG-STROMER

In den Räumlichkeiten von Green wurde wiederholt und zum Teil massiv das Gesetz gebrochen. Das machte work jüngst publik. Konkret geht es um das Entsendegesetz. Dieses regelt die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für ausländische Arbeitnehmende, die von ihren Firmen befristet für Dienstleistungen in die Schweiz geschickt werden. Der Tatzeitraum liegt in den bekannten Fällen im Jahr 2023. Damals hatte Green in Lupfig ein neues Datacenter in Betrieb genommen. Die Grosskundin darin: Amazon Web Services,

eine Tochtergesellschaft von Amazon. Der US-Online-Gigant war für die Elektroinstallationen in der von ihm gemieteten Fläche selbst verantwortlich. Und engagierte dafür etliche Billig-Stromer aus Rumänien, Polen, Kroatien, Irland, Deutschland oder Grossbritannien. Viele davon wurden in Lupfig zu üblen Dumpingbedingungen ausgebeutet. Das bestätigen jetzt auch Daten des Aargauer Migrationsamts.

BRITE BEZAHLTE BUSSE NICHT

Auf Grundlage des Öffentlichkeitsgesetzes hatte work dort Akteneinsicht verlangt. Und schliesslich eine Liste erhalten mit sämtlichen vom Kanton verhängten Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen, die auf dem Lupfiger Green-Areal gegen das Entsendegesetz verstossen haben. Die Liste nennt acht rechtskräftig sanktionierte Personen. Sechs davon sind scheinselbstständige Arbeitnehmer aus Rumänien, Irland und Grossbritannien. Diese hatten nachweislich gegen die Dokumentationspflicht verstossen und wurden dafür vom Kanton gebüsst. Ein Ire und ein Brite bezahlten die Busse jedoch nicht, weshalb sie mit einer zwölfmonatigen Dienstleistungssperre für die gesamte Schweiz belegt wurden. Zwei weitere rechtskräftige Fälle betreffen juristische Personen, also ganze Firmen. Kon-



Franz Grüter. FOTO: KEY

kret: die rumänische SC Helinick SRL und die deutsche Niederlassung des irischen Multis Alltec Fibre. Beide wurden von Amazon engagiert. Und beide haben während ihrer Einsätze im Green-Datacenter gegen Meldepflichten verstossen.

DAS SAGT SVP-GRÜTER

Bei der rumänischen Helinick war der Bschiß besonders extrem: Die Paritätische Kommission Elektro des Kantons Aargau verhängte (und kassierte) eine rekordhohe Konventionalstrafe von 75000 Franken. Zudem musste Helinick vier rumänischen Stromern total 170000 Lohnfranken nachzahlen. Eine Riesensumme! Zumal die vier bloss ein paar Monate in Lupfig waren. Kommt hinzu: Die acht vom Kanton bestätigten Fälle sind wohl nur die Spitze des Eisbergs. Denn viele weitere Fälle sind noch hängig.

Green sieht sich nicht in der Verantwortung. Sondern betont, die «betreffende Mieterin der Rechenzentrumsfläche» habe die fraglichen Elektroarbeiten «eigenständig, das heisst ohne jede Mitwirkung von Green» an Drittunternehmen vergeben. Green sei auch nicht Vertragspartei dieser Drittverträge. Und Green habe weder Kenntnis von den konkreten Subunternehmensverhältnissen noch Einfluss auf deren arbeitsrechtliche Ausgestaltung gehabt. Auch Franz Grüter versichert, dass Green während seiner Zeit als VR-Präsident stets nach Gesetz und nur mit Fachkräften gearbeitet habe. Und dass Green auf Kunden und deren Auftragnehmer keinen Einfluss genommen habe.



UNIA-INDUSTRIE-CHEFIN SILVIA LOCATELLI: «In der Schweiz geschieht der Wandel in der Industrie ohne Strategie und Führung des Bundesrats und auch nicht zukunftsorientiert.» FOTO: MANU FRIEDERICH

Die Schweizer Industrie leidet am starken Franken

«Gefährlicher als die Zölle»

Silvia Locatelli (46) ist seit vier Monaten Leiterin des Sektors Industrie der Unia. Im Interview spricht sie über den Protest bei Novartis, die Zusammenarbeit mit Swissmem und warum sie trotz Massentlassungen und fehlender Industriepolitik zuversichtlich bleibt.

IWAN SCHAUWECKER

work: Fast jede Woche werden Fabrikschliessungen und Massentlassungen verkündet. Etwa 15000 Menschen haben ihre Jobs in der Schweizer Industrie in den letzten zwei Jahren verloren. Sind Sie nicht entmutigt?

Silvia Locatelli: Als langjährige Unia-Regionalsekretärin im Kanton Neuenburg kenne ich die Industrie und insbesondere die Uhrenindustrie sehr gut. In vielen Betrieben herrscht Verunsicherung. Die Leute sprechen viel über die Zölle und Trump. Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Der Eisberg war auch schon vor Trump da und seit langem eine Gefahr für die Schweiz als Produktionsstandort.

Welcher Eisberg?

Das grösste Problem für die Schweizer Industrie bleibt der starke Franken. Für den gesamten Export ist das katastrophal. Dennoch tut die Nationalbank nichts dagegen. Die meisten Arbeitgeber

«Unsere Gesellschaft driftet nicht nur politisch, sondern auch materiell auseinander.»

sind ebenfalls passiv. Swissmem hat sich nie für eine Untergrenze des Wechselkurses eingesetzt. Aber wir müssen das zusammen ändern. Das ist sehr gefährlich für die Industrie und die Arbeitsplätze, noch gefährlicher als die Zölle. Wir müssen das zusammen ändern.

Doch im Moment scheinen sich nur die Gewerkschaften und vielleicht noch Swatch-Chef Nick Hayek für eine Abwertung des Frankens einzusetzen. Täuscht dieser Eindruck? In der Romandie gibt es auch Widerstände seitens der Arbeitgeber. Auch Forderungen nach einer aktiven Industriepolitik werden hörbar. Ich bin optimistisch, dass diese Stimmen an Gewicht gewinnen werden. Es braucht eine intelligente Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Behörden.

Was bedeutet intelligent?

Nichtstun hat Folgen. Man muss sich die Frage stellen: Wo steht die Schweizer Industrie in 20 Jahren, wenn wir nicht Gegensteuer geben? Es geht nicht, dass nur kurzfristige Profite, Dividenden und Steuereinnahmen zählen und lediglich die Interessen der Reichsten, die immer reicher werden, Priorität haben. Unsere Gesellschaft ist nicht nur politisch polarisiert. Es ist eine Gesellschaft, die auch materiell auseinanderdriftet. Wir kämpfen für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land, und dazu gehört auch der Erhalt des Industriestandortes und der damit verbundenen Jobs.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeberverband Swissmem?

Wir haben eine Sozialpartnerschaft, und daran halten wir fest. Die Beziehung zu Swissmem ist gut, natürlich haben wir auch einige Probleme, und es gibt Forderungen von beiden Seiten, das ist normal. Die gemeinsame Herausforderung wird die Erneuerung des MEM-GAV sein. Da beginnen die Verhandlungen voraussichtlich nächstes Jahr.

Aber warum setzt sich Swissmem nicht gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen die Passivität der Nationalbank, für einen Klimafonds oder auch gegen den Fachkräftemangel ein? Da gäbe es doch auch gemeinsame Interessen.

Diese Fragen müssen Sie eher Swissmem stellen. Ich hoffe auf eine bessere Zusammenarbeit. Denn die Schweizer Industrie ist eindeutig unter Druck, und grosse technologische Umwälzungen sind in vollem Gange.

Ja, vor allem in China und den USA. Nicht nur dort, auch bei uns! Nur geschieht hier der Wandel weiterhin ohne Strategie und Führung des Bundesrats und auch nicht zukunftsorientiert. Dies ist für die Arbeiterinnen und Arbeiter in

Silvia Locatelli

Seit Oktober 2025 ist Silvia Locatelli Mitglied der Unia-Geschäftsleitung und Leiterin des Sektors Industrie. Nach ihrem Studium der Rechtswissenschaften in Neuenburg begann sie 2009 als Industriesekretärin für die Unia Neuenburg und wechselte nach einigen Jahren in den Sektor Bau. Während fünf Jahren war sie als Juristin für das Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Neuenburg tätig. 2021 kehrte sie als Regiosekretärin zur Unia zurück.

NATUR. Silvia Locatelli hat zwei erwachsene Kinder und lebt in La-Chaux-de-Fonds NE, wo sie auch aufgewachsen ist. In ihrer Freizeit macht sie gerne Sport, am liebsten draussen in der Natur. (isc)

der Industrie und für die ganze Bevölkerung problematisch: Zum Beispiel wegen des fehlenden Geldes für Klimaschutz. Auch die Versorgungssicherheit nimmt weiter ab. Das zeigte sich zuletzt beim Gesundheitskonzern Galenica, der die Produktion von Infusionen in Interlaken einstellen will. Die Untätigkeit der Regierung und die Schliessung solcher Betriebe sind nach der Coronapandemie und im Wissen um die Kriegsgefahr in Europa völlig verantwortungslos.

Sie waren bei Protestaktionen gegen die Schliessung der Novartis-Produktion in Stein AG dabei. Doch der Widerstand gegen den Entscheid von Novartis scheint überschaubar. Sind Sie enttäuscht?

Es bringt nichts, enttäuscht zu sein. Aber es ist wichtig, die Gründe zu erkennen. Bei Novartis begann der grosse Stellenabbau in der Schweiz bereits 2018. Man hat gekämpft, aber es gab immer weitere Entlassungen. Bei der Betriebsversammlung in Stein haben die Leute erzählt, wie auch die Teams neu zusammengesetzt wurden. Es ist eine Strategie der Konzerne, dass sich kein Gemeinschaftsgefühl bildet. Mitarbeitende, die nur wenige Jahre dabei sind, verlieren auch die Identifikation mit der Firma. Eine solche Massentlassung zur Erhöhung der Gewinnmarge von 20 auf 40 Prozent wird dann eher hingenommen. Aber wir müssen weiter zeigen, dass die Leute gemeinsam kämpfen können und dass sich dies auch lohnen kann.

Und wie geht es weiter für die betroffenen Mitarbeitenden in Stein?

Die Konsultation ist jetzt beendet, die Resultate jedoch noch nicht öffentlich. Wir werden uns Anfang März nochmals mit der Novartis-Geschäftsleitung treffen. Da geht es vor allem um das Thema Weiterbildung. Wir verlangen, dass für die 90 neu geschaffenen Stellen am Novartis-Standort in Schweizerhalle BL auch Mitarbeitende aus Stein umgeschult werden, wenn sie dies wollen. Wir wollen eine Lösung für jede der 700 betroffenen Personen.

Das Thema Weiterbildung und Umschulung ist nicht nur im Fall von Novartis ein Thema.

Die Arbeit verändert sich, und es entstehen auch neue Produktionsanlagen in der Schweiz. Swiss Made steht heute mehr denn je für hohe Wertschöpfung und eine hochspezialisierte Produktion. Wenn die Firmen ihre Strategie ändern, müssen sie die Mitarbeitenden auch mitnehmen. Es braucht auch öffentliche Gelder für diese Transformation der Jobs und die Umschulung von Erwachsenen. Beim RAV gibt es nur individuelle Beratungen. Wir müssen die Logik ändern: Es braucht eine kollektive Logik und auch kollektive Angebote. Als Gewerkschaft müssen wir an diesen Massnahmen mitbauen. Das ist eigentlich eine Win-win-Situation. Die Arbeitgeber brauchen die Leute. Sie fordern: Die Frauen sollen weniger Teilzeit arbeiten, alle müssen länger arbeiten, und sie holen immer mehr Leute aus dem Ausland. Wir sagen: Die Leute sind hier, sie sind bereit für neue Aufgaben, und die Schweiz hat die Ressourcen und das Know-how, um diese Leute auszubilden und gute Löhne zu zahlen.

Rechte wollen die Pflegeinitiative aushöhlen: Das denken Pflegende in der Unia

«Es kommt der Punkt, an dem wir über Streik reden müssen»



Unzählige Aktionen, Demos, eine Volksinitiative mit einem Ja-Anteil von 61 Prozent – und trotzdem hat sich die Situation in der Pflege nicht gebessert. Im Gegenteil, sagen drei Pflegende. Deshalb denken sie jetzt laut über das letzte Mittel nach: Streik.

CHRISTIAN EGG

Sie wollen eine bessere Pflege und engagieren sich deshalb für bessere Arbeitsbedingungen. Nun trafen sich Pflegende aus der ganzen Schweiz in der Unia-Zentrale in Bern und diskutierten über die nächsten Schritte. Sie informierten sich aus erster Hand über die Methoden und Folgen der rechten Sparpolitik, die auch von einer angemessenen Umsetzung der Pflegeinitiative nichts wissen will.

Im Verlauf der Branchenkonferenz in Bern kam immer wieder das Thema Streiken auf. Sei es der erfolgreiche Streik im Unispital Lausanne (work berichtete: rebrand.ly/streik-lausanne), aber auch der grosse Care-Streik, der für den 14. Juni 2027 geplant ist. Und die Pflegenden stellten sich der Frage: Dürfen, sollen, ja müssen auch wir streiken, wenn sich weiterhin nichts ändert?

work hat an der Konferenz mit drei Pflegenden gesprochen. Sie sind sich einig: Wir müssen uns jetzt mit dieser Frage befassen. Und die Frage lautet nicht nur «ob», sondern auch «wie». Und da niemand die Pflege so gut kennt wie die Pflegenden, haben die drei dazu auch schon ein paar Ideen.

«Bisher werden wir offensichtlich nicht gehört.»

Pflegefachfrau
Christina Rohrer

Christina Rohrer, 54, Pflegefachfrau, St. Gallen:

«Die Angehörigen aufbieten»



«Im normalen Betrieb sind wir bereits am Limit. Es braucht nur eine Kleinigkeit, zum Beispiel dass sich ein Bewohner im Heim erkältet – und schon ist die Belastung für das Team fast nicht mehr zu stemmen. Der Druck hat sogar zugenommen, seit die Pflegeinitiative angenommen wurde. Und die Politik tut nichts dagegen. Das ist frustrierend! Ich würde die Politikerinnen und Politiker gern einladen, uns einmal zu begleiten. Damit sie am eigenen Leib erleben, wie es ist, eine ganze Schicht lang zu wenig Leute zu sein, weil jemand krankheitshalber ausfällt und einfach nicht ersetzt wird.

GEHÖR VERSCHAFFEN. Bisher werden wir Pflegenden offensichtlich nicht gehört. Deshalb denke ich, wir werden streiken müssen. Und das geht auch im Pflegeheim. An Streiktagen wird nur das Minimum gemacht, dafür reicht ein reduziertes Team. Man kann auch die Angehörigen aufbieten, um etwa bei den Mahlzeiten zu helfen. Und alle anderen, die es dann nicht braucht, streiken.»

Thalia Ender, 21, Pflegefachfrau in Ausbildung, Zürich:

«Unsere Leistungen nicht abrechnen»



«Ich habe mitten in der Pandemie die Lehre als Fachfrau Gesundheit angefangen – ich wusste, dass das happig wird. Aber dazu kam schon bald ein grosser Frust: Wir haben nie genug Zeit, um den Leuten gerecht zu werden. Nicht einmal, wenn jemand im Sterben liegt. Womit ich nicht gerechnet habe: dass ich diesen Beruf so gerne mache! Deshalb verbindet sich der Frust mit der Überzeugung: Es muss auch anders gehen. Besser.

DRUCK. Für eine Veränderung müssen wir Pflegenden uns besser organisieren. Es sind noch viel zu wenige in einer Gewerkschaft aktiv – obwohl alle spüren, dass der Druck zunimmt. Irgendwann kommt der Punkt, an dem wir auch über Streik reden müssen. Auch wenn das Wort vielen vielleicht noch Angst macht. Klar, wir wollen die Patientinnen und Bewohner nicht im Stich lassen. Drum müssen wir gut überlegen, wie wir das machen. Eine Idee wäre es, dass wir zwar weiter zu den Leuten schauen, aber unsere Leistungen nicht abrechnen. Das macht Druck auf die Betriebe, ohne dass wir Menschen gefährden.»

Hélène Fiedeldeij-Martini, 61, Pflegefachfrau, Bern:

«Als Kollektiv die Betriebe kontaktieren»



«In unserem Heim wurden in den letzten Jahren Stellen abgebaut. Der Betrieb findet auch kaum mehr qualifizierte Leute. Immer wieder kommen Temporäre und unterstützen uns. Dadurch geht etwas verloren, was gute Langzeitpflege ausmacht: eine Bezugsperson zu sein für die Menschen in ihrem letzten Lebensabschnitt.

ZUSAMMEN. Dass wir Pflegenden alleine streiken, kann ich mir nur schwer vorstellen. Aber wenn wir uns mit anderen zusammenschliessen – mit Ärztinnen, Physiotherapeuten und so weiter –, dann können wir als Kollektiv die Betriebe kontaktieren. Und ihnen aufzeigen, dass wir ein gemeinsames Interesse haben, nämlich bessere politische Rahmenbedingungen. Das bedeutet auch eine bessere Finanzierung – und Geld. Das interessiert die Leitungen von Heimen, Spitälern und Spitex-Einrichtungen. So können wir sie überzeugen, sich politisch zu engagieren. Dann werden sie uns auch beim Streiken unterstützen.»

Kritisierte Stiftung «Mitmänsch»: Wie die Präsidentin der Stiftung einen Persilschein verpassen wollte

Die Belastung der Mitarbeitenden wurde gar nicht untersucht

Sie betreuen Menschen mit Behinderungen. Und sind in ihrem Job am Anschlag: Im Oberwallis kritisierten Mitarbeitende ihren Arbeitgeber. Der kontert mit einem Audit des Kantons. Dieses liegt work jetzt vor.

CHRISTIAN EGG

Es war ein Hilferuf der Helfenden. Mit einem Appell auf der Unia-Website wandten sich die Mitarbeitenden der Stiftung «Mitmänsch Oberwallis» an die Öffentlichkeit. Sie, die in mehr als 40 Einrichtungen Menschen mit Behinderungen betreuen, gerieten zunehmend an ihre Grenzen. Immer weniger von ihnen mussten zu den Bewohnerinnen und Klienten schauen, mit immer weniger fachlicher Unterstützung und in einem zunehmend unerträglichen Arbeitsklima (work berichtete im November 2025: rebrand.ly/mitmaensch).

Der Kanton hat bloss einen kleinen Ausschnitt beleuchtet.

Die Verantwortlichen versuchten, die Kritik kleinzureden. Nicole Ruppen, Präsidentin des Stiftungsrats, verwies unter anderem auf den Kanton Wallis. Der habe «in diesem Jahr die Betreuung auditiert, mit sehr guten Ergebnissen».

Die Verantwortlichen versuchten, die Kritik kleinzureden. Nicole Ruppen, Präsidentin des Stiftungsrats, verwies unter anderem auf den Kanton Wallis. Der habe «in diesem Jahr die Betreuung auditiert, mit sehr guten Ergebnissen».

WIRKLICH «SEHR GUT»?

Das erstaunt. Wie kann ein amtliches Audit ein Top-Resultat ergeben in einer Institution, die Mitarbeitende nur

wenige Monate später als «chronisch unterbesetzt» bezeichnen? In der sie «Überlastung auf allen Ebenen» feststellen? Und sich solche Sorgen machen, dass sie einen öffentlichen Appell lancieren?

Der Kontrollbericht des Kantons war bisher der Öffentlichkeit nicht bekannt. work hat ihn, gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, verlangt und erhalten. Auf neun Seiten dokumentiert er einen Besuch der Dienststelle für Sozialwesen am 26. August 2025. Das Dokument enthält einige Überraschungen.

NUR EIN «KONTROLLBESUCH»

Auffällig ist: Von Auditieren, wie es Stiftungsratspräsidentin Ruppen vollmundig verkündete, ist im Bericht nirgends die Rede. Der Kanton hatte nicht den Anspruch, ein Audit durchzuführen, also ein gründliches und systematisches Durchleuchten. Er hat bloss einen kleinen Ausschnitt der Institution begutachtet: zwei Wohngruppen sowie einige Werk- und Tagesstätten – total ungefähr ein Zehntel aller «Mitmänsch»-Einrichtungen.

ES GING UM ETWAS ANDERES

Die grösste Überraschung liefert allerdings der Inhalt des Berichts. Zwar hat die Stiftung tatsächlich die vom Kanton aufgestellten Kriterien alle erfüllt. Allerdings: Diese messen die Qualität der Betreuung. Es geht um Grundrechte, um respektvollen Umgang oder um Rücksicht auf individuelle Bedürfnisse der Menschen mit Beeinträchtigung. Nicht untersucht



ALLES GUT BEI «MITMÄNSCH OBERWALLIS»? Die Verantwortlichen versuchen, dieses Bild mit irreführenden Aussagen zu vermitteln. FOTO: ZVG

wurden dagegen die Belastung der Mitarbeitenden, deren fachliche Unterstützung oder die Einsatzplanung, also diejenigen Missstände, die im November Schlagzeilen machten.

Weshalb erweckte Stiftungsratspräsidentin Ruppen den Eindruck, der Kanton habe der Stiftung «sehr gute» Arbeitsbedingungen attestiert? Und wieso sprach sie von einem Audit? Dazu wollte sie sich nicht äussern.

DER OMINÖSE «KATALOG»

work hat den Bericht mehreren gegenwärtigen und ehemaligen Mitarbeitenden von «Mitmänsch Oberwallis» gezeigt. Ruppens irreführende Aussage ärgert sie – aber ebenso einige Darstellungen im Bericht. Etwa diese: «Das Personal schätzt den Weiterbildungskatalog sehr.» Auf Nachfrage präzisiert der Kanton, die Stiftung habe für

das Jahr 2024 eine Liste mit 64 «Weiterbildungsangeboten» vorgelegt.

Das löst bei den Mitarbeitenden Erstaunen oder gar einen Lachanfall aus. «Was soll das für ein Katalog sein?» fragt etwa eine Sozialpädagogin. Klar, sagt sie, externe Weiterbildungen würden bewilligt oder auch nicht. Aber ein breites Angebot der Stiftung? «So etwas habe ich nie gesehen.»

HAT DIE DIREKTION GETRICKST?

Was es gebe, seien interne Schulungen. Etwa zu Deeskalation oder zur Pflege von Menschen mit mehrfacher Behinderung. Die Leitung bezeichne diese ebenfalls als Weiterbildung. «Aber die Teilnahme ist obligatorisch! Das ist nicht ein Angebot, das ist eine Verpflichtung.» Die Vermutung: Die Direktion habe dem Kanton sämtliche obligatorischen Schulungen als

Kritik: Direktorin tritt zurück

Im Zentrum der Kritik an den Arbeitsbedingungen bei «Mitmänsch» stand auch Direktorin Alexandra Horvath. Nun hat diese ihre Kündigung eingereicht. Sie verlässt die Institution per Ende Mai 2026, wie der Stiftungsrat in einer Mitteilung schreibt. Zu den Gründen der Kündigung: kein Wort. Der Stiftungsrat dankt Horvath für ihren «unermüdlichen Einsatz». Dass im Betrieb Unruhen herrschen, liest man zwischen den Zeilen. So heisst es, dass ein aktuell durchgeführtes Audit helfen werde, «Mitmänsch» neu aufzustellen, «um die zahlreichen Herausforderungen» zu meistern.

UNABHÄNGIG. Dank den couragierten Mitarbeitenden, die unterstützt von der Unia an die Öffentlichkeit gingen, ordnete der Kanton eine gründliche Überprüfung an. Nun spricht er selber von Audit und teilt mit, man habe «einen ausserkantonalen Auditor beauftragt, um dessen Unabhängigkeit zu gewährleisten». Mitarbeitende sehen in der Überprüfung einen Teilerfolg. Sie berichten work, der Auditor nehme sich Zeit für Gespräche und höre zu. (che/pam)

«Weiterbildungsangebot» verkauft – und dieser habe die Flunkerei unkritisch in den Bericht übernommen. Fakt ist: Auf Nachfrage können weder Ruppen noch der Kanton den im Bericht gepriesenen «Weiterbildungskatalog» vorweisen.



SPITAL SCHWYZ: Von hier aus verschickte ein Oberarzt ein Mail mit diskriminierendem Inhalt, wofür ihn die Staatsanwaltschaft verurteilt hat. FOTO: KEYSTONE

Schwyzer Oberarzt wegen Hassmail verurteilt

Halbgott in Weiss

mit braunem Kittel

Von einem E-Mail-Account des Spitals Schwyz verschickte ein Oberarzt ein Hassmail an die Initiantinnen und Initianten der Demokratie-Initiative. Jetzt wurde er verurteilt und arbeitet nicht mehr im Spital.

CLEMENS STUDER

Es ist Donnerstag, 20. Februar 2025, in einem Monat ist Frühling. Die ersten Schneeglöggli blühen schon. Und im Spital Schwyz fühlt sich ein Mann so frei. Um 8.05 Uhr drückt Oberarzt Bernhard Kaspar Adrian Burkhard*, wie er hier heissen soll, auf «Senden». Also denen hat er es jetzt gesagt. Anonym, aber immerhin. «Denen», das sind die Menschen auf dem Sekretariat der «Aktion Vierviertel», die hinter der Demokratie-Initiative steht, die sich für fairere Einbürgerungsverfahren einsetzt. Und gesagt, beziehungsweise geschrieben hat Burkhard unter dem Betreff «ka-bul einfach bitte»: «Die Schweiz soll Schweiz bleiben. Es braucht keine mitbestimmende zusätzliche kultur-fremde Einflüsse. Das ist für jeden Naturliebhaber allseits bekannt. Neophyten auch noch so angepasst und schön, bedrohen die endemischen Arten. Blühen ja, sich einnisten und vermehren können nein ! Keine zusätzlichen Neophyten in der Erde der Schweiz !»

«Angehörigen ethnischer Gruppen wird die Gleichwertigkeit als Menschen abgesprochen».

AUSZUG AUS DEM STRAFBEBEHL

Schweiz soll Schweiz bleiben. Es braucht keine mitbestimmende zusätzliche kultur-fremde Einflüsse. Das ist für jeden Naturliebhaber allseits bekannt. Neophyten auch noch so angepasst und schön, bedrohen die endemischen Arten. Blühen ja, sich einnisten und vermehren können nein ! Keine zusätzlichen Neophyten in der Erde der Schweiz !»

DIE ANZEIGE

Nadra Mao, Co-Präsidentin der Aktion Vierviertel, sagt: «Leider sind rassistische Schrei-

ben an uns nichts Aussergewöhnliches.» Beim anonymen Mail vom 20. Februar 2025 irritierte denn auch in erster Linie die Absenderadresse. «Speziell an diesem Mail war, dass es vom anonymen Absender mit einer E-Mail-Adresse des Spitals Schwyz geschickt worden war.» Benutzte da jemand tatsächlich die Infrastruktur der Gesundheitsinstitution für Hassmails? Oder war das Spital gehackt worden?

Die Aktion Vierviertel informierte das Spital Schwyz. Und war über die offizielle Reaktion des Spitals gleich noch einmal irritiert. Nadra Mao sagt es so: «Die Rückmeldung war ziemlich enttäuschend. Das Spital hat nur mitgeteilt, dass man der Sache nachgehen werde, aber klargemacht, dass es an uns keine weiteren Informationen dazu herausgeben werde.» Nicht einmal vom Inhalt des Mails habe sich das Spital offiziell distanziert. Darum reichte die Aktion Vierviertel schliesslich Strafanzeige gegen unbekannt ein.

DAS URTEIL

Die Ermittlungen führten relativ rasch zu einem Ergebnis. Abgeschickt über den Mail-Account seiner Abteilung hatte das Mail Oberarzt Bernhard Burkhard. Er ist nach Wanderjahren durch Spitäler in der Zentralschweiz und Zürich seit vielen Jahren in Schwyz tätig. Am 3. Oktober erliess die Schwyzer Staatsanwaltschaft einen Strafbefehl gegen Burkhard wegen «Diskriminierung und Aufruf zu Hass». Die Begründung ist trotz Juristendeutsch klar und verständlich: «Indem Angehörige ethnischer Gruppen aus Afghanistan als Neophyten bzw. sinngemäss als Schädlinge bezeichnet werden, wird ihnen die Gleichwertigkeit als Menschen abgesprochen.» Der Text drücke aus, «dass Angehörige ethnischer Gruppen aus Afghanistan die Schweiz und die Gesellschaft der Schweiz bedrohen, sich in der Schweiz einnisten und vermehren und darum nach Afghanistan emigrieren bzw. emigriert werden sollen». Das Mail sei «objektiv geeignet, eine feindselige Haltung, ein feindseliges Klima und Hass gegenüber Angehörigen ethnischer Gruppen aus Afghanistan zu erschaf-

Volksinitiative: Das soll sich ändern

Die Initiative «Für ein modernes Bürgerrecht» fordert einen Paradigmenwechsel im Einbürgerungsrecht: Personen ohne Schweizer Pass, die seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz leben, sollen einen Anspruch auf Einbürgerung erhalten, sofern sie objektive Kriterien erfüllen.

GEGEN WILLKÜR. Sie will damit Einbürgerungen vereinfachen, Willkür beenden und die politische Mitbestimmung stärken. Mehr Infos: demokratie-volksinitiative.ch.

fen oder zu verschärfen (...), was (der Verurteilte) wusste und wollte oder zumindest in Kauf nahm.» Urteil: Geldbusse plus Verfahrenskosten von total 3980 Franken und eine bedingte Strafe von 30 Tagessätzen zu 440 Franken. Diese 13 200 Franken muss der Mediziner nur bezahlen, wenn er sich innert zwei Jahren wieder etwas zuschulden kommen lässt. Der Strafbefehl ist rechtskräftig.

DAS SPITAL

Am 12. Dezember berichtete der «Bote der Urschweiz» über den Strafbefehl und vermeldete auch, dass der Verurteilte zu diesem Zeitpunkt weiterhin auf der Website des Spitals Schwyz in seiner angestammten Funktion figurierte. Das hat sich unterdessen geändert. Auf work-Anfrage teilte das Spital diese Woche mit: «Die betroffene Person ist nicht mehr für das Spital Schwyz tätig.» Die Aussagen im von Burkhard verschickten Mail seien «mit dem Selbstverständnis des Spitals Schwyz nicht vereinbar», denn «das Spital Schwyz steht für eine offene, respektvolle und diskriminierungsfreie Unternehmenskultur». Und: «Der Vorfall wurde umfassend unter arbeitsrechtlichen, datenschutzrechtlichen und ethischen Gesichtspunkten geprüft. Auf dieser Grundlage wurden arbeitsrechtliche Schritte eingeleitet und umgesetzt.»

In gut zwei Wochen ist astronomisch wieder Frühling. Auch in Schwyz werden die farbigen Blumen die braunen Beete bedecken.

Rassismus im Spital: Zahlen aus Umfrage sind erschreckend

In einer internen Umfrage im Departement für Rehabilitation und Geriatrie am Universitätsspital Genf (HUG) gaben 26,5 Prozent der 487 Teilnehmenden an, im Arbeitsumfeld rassistische Diskriminierung erlebt zu haben. 44 Prozent wurden Zeuginnen oder Zeugen solcher Vorfälle.

Die Diskriminierungen gehen hauptsächlich von Kolleginnen und Kollegen (31 Prozent) und Vorgesetzten (20 Prozent) aus. Vorfälle mit Patientinnen und Patienten nennen 33 Prozent der Teilnehmenden. 22 Prozent des medizinisch-pflegerischen Personals beobachteten rassistische Vorfälle gegenüber Patientinnen und Patienten.

44 Prozent der Befragten wurden Zeuginnen von rassistischer Diskriminierung.

ANZEIGEN. HUG-Generaldirektor Robert Mar-dini spricht von «sehr realen» Erfahrungen und betont, solche Vorfälle seien «niemals akzeptabel». Zwei Strafanzeigen wurden eingereicht, gegen zwei Personen Disziplinar-massnahmen ergriffen. 680 Mitarbeitende absolvierten Sensibilisierungsworkshops.

Das HUG will das Meldesystem ausbauen und die Umfrage 2026 auf das ganze Spital ausdehnen. Und das HUG hat tatsächlich Handlungsbedarf. Im Oktober 2025 wurde an die Bürotür der Pflegeleiterin der Geriatrie-Abteilung eine rassistische Parole geschmiert. Nachdem die Frau den Vorfall ihren Vorgesetzten gemeldet hatte, wurde sie gegen ihren Willen versetzt. Sie fordert die Rückkehr an ihren angestammten Arbeitsplatz. Das Spital ging bislang nicht darauf ein. Die Versetzung sei nötig, damit die Betroffene geschützt werde. Im Februar kam es zu Solidaritätskundgebungen für die zwangs-versetzte Pflegeleiterin. (cs)

Rassismus-Strafnorm: Arbeitsplatz ist «privat»

Wie wäre es eigentlich gewesen, wenn der ehemalige Oberarzt seine Ansichten im Schwyzer Personalzimmer erzählt hätte? Dann wäre er wohl unbestraft geblieben. Denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz haben nur beschränkte Möglichkeiten, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Die Antirassismus-Strafnorm ist kein umfassendes Antidiskriminie-



FORDERT STRENGERE GESETZE: Unia-Migrationsbeauftragter Hilmi Gashi.

FOTO: MANU FRIEDERICH

rungsgesetz. Das Problem: Rein rechtlich gehört der Arbeitsplatz zum privaten Raum und ist deshalb von der Antirassismus-Strafnorm ausgenommen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben mit dem heutigen Gesetz nur sehr wenig Chancen mit einer zivilrechtlichen Klage. Hilmi Gashi, Migrationsbeauftragter der Unia, sagt: «Es ist höchste Zeit, dass die Schweiz einen effektiven Schutz gegen die verschiedenen Formen der rassistischen Diskriminierung am Arbeitsplatz einführt.» Die Migrationskonferenz der Gewerkschaft Unia hat bereits vor drei Jahren eine entsprechende Resolution mit dem Titel «Stopp Rassismus am Arbeitsplatz!» verabschiedet. Und verlangt eine Aktualisierung des Strafgesetzes und eine landesweite Informationskampagne zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten und ihren Nachfahren. Auch und gerade am Arbeitsplatz. (cs)

* Richtiger Name der Redaktion bekannt

Krankenkassenprämien, Mieten & Co.
Warum 2026 unsere Portemonnaies noch mehr belastet werden



DA BLEIBT NICHT MEHR VIEL ÜBRIG: Durch die steigenden Kosten haben die Menschen immer weniger Geld zur Verfügung. FOTO: ISTOCK

Mit sieben Punkten zeigt uns Caritas Schweiz auf, wie schwierig das Jahr 2026 für ärmere Menschen wird:

- 1 Steigende Lebenshaltungskosten belasten ärmere Haushalte besonders stark, weil diese praktisch ihr gesamtes Bruttoeinkommen für Fixkosten und Grundbedürfnisse ausgeben müssen.
- 2 Die Krankenkassenprämien steigen und steigen. Auf den 1. Januar 2026 ist der vierte markante Prämienanstieg in Folge in Kraft getreten.
- 3 Der Druck auf den Wohnungsmarkt wird 2026 weiter zunehmen. Eine angemessene Wohnung zu finden ist für ärmere Haushalte praktisch aussichtslos.
- 4 Viele Ausgaben wachsen, aber die tiefen
- Löhne stagnieren. Zwischen 2020 und 2024 sind sie sogar leicht gesunken. Auch 2026 dürften die tiefen Löhne real kaum höher sein als vor sechs Jahren.
- 5 Die Existenzsicherung ist ungenügend. Namentlich der Grundbedarf in der Sozialhilfe ist zu tief.
- 6 Die Unterstützung von Familien ist in der Schweiz mangelhaft. In keinem anderen europäischen Land nimmt der Lebensstandard eines Haushaltes so stark ab, wenn ein Kind dazukommt.
- 7 Reiche werden entlastet, Arme belastet: Ärmere Haushalte profitieren nicht vom aktuellen Trend zu Steuersenkung, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer hingegen betrifft sie viel stärker als die Reichen. (dak)

Warum es ärmere Menschen besonders hart trifft

Budgetposten	Untester Einkommensfünftel (in % des Bruttoeinkommens)	Durchschnittshaushalt (in % des Bruttoeinkommens)
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	13,34%	6,70%
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	2,24%	1,13%
Gast- und Beherbergungsstätten	4,25%	3,96%
Bekleidung und Schuhe	2,05%	1,55%
Wohnen und Energie	32,19%	14,12%
Wohnungseinrichtung und laufende Haushaltsführung	3,15%	2,24%
Gesundheitsausgaben (ohne KK-Prämien)	4,31%	2,13%
Verkehr	7,20%	6,68%
Nachrichtenübermittlung (Internet, Telefon usw.)	3,66%	1,76%
Unterhaltung, Erholung, Kultur	4,17%	5,69%
Anderes	2,95%	2,53%
Konsumausgaben total	81,33%	47,56%
KK-Prämien (Grundversicherung)	16,43%	6,83%

UNGLEICHHEIT: Menschen aus dem untersten Einkommensfünftel stecken prozentual deutlich mehr von ihrem Lohn in Konsumgütern. QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK, HAUSHALTSBUDGETERHEBUNG 2020–2021

125 Jahre Caritas: Das grosse Jubiläumsinterview mit Direktor Peter Lack
«Jede sechste Person in der Schweiz kann sich kein würdiges Leben leisten»

Über 1,2 Millionen Menschen sind in der Schweiz von Armut bedroht – Tendenz steigend. Die Caritas Schweiz hilft diesen Menschen seit 125 Jahren. Zum grossen Jubiläum erklärt Direktor Peter Lack, warum Armutsbekämpfung jetzt dringender ist denn je.

DARIJA KNEŽEVIĆ

work: Peter Lack, die Caritas Schweiz engagiert sich schon seit 125 Jahren gegen Benachteiligung und Armut. Gibt es da immer noch kein Rezept dagegen?
Peter Lack: So einfach ist es leider nicht. Armut ist sehr vielschichtig – genau wie auch die Arbeit von Caritas. Es braucht immer wieder neue Ansätze, die zu den aktuellen Gegebenheiten passen. Die Anfänge der Caritas Schweiz vor 125 Jahren waren beispielsweise geprägt von der Industrialisierung und den enormen Veränderungen in der Gesellschaft. Es kam zu einer rasanten Urbanisierung, und viele Menschen zog es in die Städte. Doch von der aufblühenden Wirtschaft konnten bei weitem nicht alle gleich profitieren. Den arbeitenden Menschen ging es nicht gut. Es plagten sie Wohnungsnot, tiefe Löhne, keine Absicherung bei Krankheit oder Schwangerschaft und vieles mehr.

Sprang die Caritas schon damals ein?
Die schwierigen Umstände lösten im kirchlich-katholischen Milieu eine Reaktion und ein tiefgreifendes Nachdenken aus, das zum Handeln führte. Benachteiligten Menschen, insbesondere Arbeiterfamilien, wurde unter die Arme gegriffen. So entstanden erste regionale Caritasvereine. Bis in der Schweiz schliesslich 1901 die nationale Caritas gegründet wurde. Der Bezug zur Kirche hat sich nach und nach verändert.

Inwiefern?
Grundwerte aus der christlichen Soziallehre sind bei Caritas weiterhin da, beispielsweise gelebte Solidarität und der Blick auf benachteiligte Personen in unserer Gesellschaft. Oder, dass der Mensch im Zentrum steht. Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt. Und schliesslich das Gemeinwohl: Von Entwicklung müssen alle profitieren können. Obwohl wir christliche Wurzeln haben, sind wir in unserer Arbeit humanitären Prinzipien verpflichtet. Wir sind für alle Menschen da – unabhängig von Nationalität, Konfession, politischer Überzeugung.

Caritas: Engagement für jene, die eine Stimme brauchen
Als internationale NGO bekämpft und verhindert die Caritas Schweiz Armut im In- sowie Ausland. Total sind über 1100 Menschen beschäftigt. Konkret engagiert sie sich für Asylsuchende, Geflüchtete sowie Migrantinnen.

ANGEBOTE. Weiter bekämpft sie Armut mit den Caritas-Märkten, Beratungen bei Schulden und vielem mehr. Zudem zeichnet die Organisation aus, dass sie seit ihrer Gründung ein politisches Verständnis und einen systemischen Blick auf Armut in der Gesellschaft hat. Seit vier Jahren ist Peter Lack (57) Direktor von Caritas Schweiz. (dak)



CARITAS-DIREKTOR PETER LACK: «Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt in der Schweiz.» FOTOS: ZVG/KEYSTONE

Welches waren die jüngsten Krisen, die die Caritas herausgefordert haben?
Die Coronapandemie zeigte eine neue Verletzlichkeit von Menschen. Plötzlich traf Armut neue Bevölkerungsgruppen. Nämlich jene, die zuvor im Alltag mit einem tiefen Einkommen gerade noch so über die Runden kamen. Ungeplante Ereignisse, die finanziell belasten, bringen sie schnell aus dem Gleichgewicht. Uns wurde die ökonomische Fragilität der Schweizer Bevölkerung vor Augen gehalten.

In der Schweiz sind aber nur 8 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen, sagt das Bundesamt für Statistik...
Korrekt, 8 Prozent der Schweizer Bevölkerung leben unter dem Existenzminimum und sind armutsbetroffen. Aber: Dieses Existenzminimum ist strikt definiert und bedeutet noch lange nicht, dass man sich mit dem Einkommen ein würdiges Leben leisten kann. Es gibt nämlich noch deutlich mehr Menschen, die von Armut gefährdet sind. Konkret in Zahlen: 16 Prozent der Bevölkerung. Das muss man sich mal vor Augen führen: Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Und hat so eine hohe Quote bei der Armutsgefährdung. Das ist der Schweiz nicht würdig.

Armutsbetroffenheit und Armutsgefährdung – was ist der Unterschied?
Von Armut betroffen sind jene Menschen, die ein Nettoeinkommen unter der Armutschwelle haben. Diese beträgt für Einzelpersonen 2388 Franken, für eine vierköpfige Familie 4159 Franken pro Monat. Armutsgefährdet sind jene, die nur knapp über dieser Grenze leben. Für die Menschen bedeutet es aber praktisch dasselbe: ein knappes Budget und ständiger Verzicht. Wichtig zu betonen ist auch, dass Arbeit kein Schutz vor Armut garantiert: Die Aussichten sind düster: Gegenwärtig ist jedes fünfte Kind in der Schweiz von Armut betroffen oder bedroht. Wir erleben mehrheitlich, dass einkommensschwache Familien alles geben, um ihren Kindern ein normales Leben zu ermöglichen. Fehlt das Geld, ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mit enormen Hürden verbunden, und Betroffene werden so immer mehr isoliert. Aber auch zu Hause dominiert das fehlende Geld, wenn man sich im Ernstfall Ende des Monats fragen muss, was man aufstischen soll. Das Tragische daran: Kinder aus betroffenen Haushalten haben schlechtere Startbedingungen als ihre Gspännli. Zudem besorgniserregend ist, dass Armut vererbt wird.

Dann braucht's doch jetzt endlich überall gesetzliche Mindestlöhne!
Es ist ganz klar: Mindestlöhne wirken gegen Armut. Doch es sind weitere Massnahmen nötig, um Armut präventiv zu verhindern.

Kosten für Gesundheit, Nahrungsmittel, Wohnraum und Krankenkasse sind für fast jedes Portemonnaie in der Schweiz belastende Kostenpunkte. Doch die Einkommensschwächsten leiden doppelt so stark an den Ausgaben. Gerade für Familien bergen sie ein besonders hohes Armutsrisiko.

Was bedeutet das für Kinder aus armutsbetroffenen Familien?
Die Aussichten sind düster: Gegenwärtig ist jedes fünfte Kind in der Schweiz von Armut betroffen oder bedroht. Wir erleben mehrheitlich, dass einkommensschwache Familien alles geben, um ihren Kindern ein normales Leben zu ermöglichen. Fehlt das Geld, ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mit enormen Hürden verbunden, und Betroffene werden so immer mehr isoliert. Aber auch zu Hause dominiert das fehlende Geld, wenn man sich im Ernstfall Ende des Monats fragen muss, was man aufstischen soll. Das Tragische daran: Kinder aus betroffenen Haushalten haben schlechtere Startbedingungen als ihre Gspännli. Zudem besorgniserregend ist, dass Armut vererbt wird.

Armut wird durchaus vererbt. Das lässt sich sogar aus den Ergebnissen dieser Studie erkennen. Sie zeigen ganz klar, dass Kinder, die in einem Elternhaus mit Sozialhilfe aufgewachsen sind, später ein viel grösseres Risiko haben als der Durchschnitt, ebenfalls von Sozialhilfe abhängig zu sein.

Wo und wann müssen sich Armutsbetroffene Hilfe holen?
Hier ist mehr die Frage, wie wir Betroffene unterstützen können, die ihnen zustehende Hilfe auch einzufordern. Armut findet oft im Versteckten statt und ist mit Stigmatisierung verbunden. Hilfe in Anspruch zu nehmen braucht viel Überwindung. Bei der Sozialhilfe zum Beispiel gibt es eine Nichtbezugsquote von 20 bis 30 Prozent. Zusätzliche Schwellen bestehen, wenn Betroffene keinen Schweizer Pass haben: Sie können sogar ihren Aufenthaltsstatus verlieren, wenn sie Sozialhilfe beziehen. Das behindert die Inanspruchnahme von finanziellen Hilfen.

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Das geht nicht auf...
Dieser Meinung sind wir auch! Armut geht

uns alle etwas an. In den vergangenen Jahrzehnten nahmen Einkommen wie auch Vermögen in der Schweiz weiter zu. In derselben Zeitspanne haben wir grosse Entwicklungssprünge erlebt, sei es in der Technologie, auf dem Finanz- und Arbeitsmarkt. Doch davon konnten nicht alle gleich profitieren. Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Das kann gefährlich werden. Denn es führt zu wachsender Unzufriedenheit, Spannungen innerhalb der Bevölkerung und zur noch grösseren Isolation ganzer Bevölkerungsgruppen.

Herr Lack, kennen Sie wirklich kein Rezept gegen Armut?
Einerseits braucht es eine gesellschaftliche Veränderung, in der wir Gemeinwohl und Armut ernst nehmen. Andererseits braucht es für Massnahmen gegen Armut ausreichende finanzielle Mittel und weitere Ressourcen. Ein effektiver Ansatz wäre, die Kosten gerechter zu verteilen. Beispielsweise mit einer Erhöhung der Vermögenssteuer für Superreiche. Und zu guter Letzt braucht es politischen Willen und Dialog. Wenn es uns ernst ist, Armut in diesem Land zu reduzieren, müssen wir jetzt handeln.

CARITAS-MÄRKTE:
EIN TRAURIGER REKORD

Sie sind in Thun, Emmenbrücke, Lausanne und an 19 weiteren Standorten zu finden: Caritas-Märkte. Diese entlasten Menschen mit kleinem Budget und ermöglichen ihnen, gesunde Lebensmittel und weitere Produkte des täglichen Bedarfs zu kaufen, darunter beispielsweise



CARITAS-MARKT: Ein immer wichtigeres Angebot. FOTO: KEY

Schulranzen oder Weihnachtsdeko. Das Angebot der Märkte ist wichtig, um Armutsbetroffene finanziell zu entlasten und ihnen Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Die Produkte sind bis zu 70 Prozent günstiger, was für den Markt nur dank Zusammenarbeit mit Produzenten, Lieferanten und Stiftungen möglich ist.

ZUNAHME. Nun berichtet die Caritas, dass für das Jahr 2025 ein trauriger Rekord geknackt wurde: Über 1,1 Millionen Menschen nutzten das Angebot der Märkte. Im Vergleich zum vorigen Jahr ist das ein Anstieg von mehr als 10 000 Verkäufen. Noch besorgniserregender: Bereits das vierte Jahr in Folge steigt die Anfrage an Caritas-Märkten. Und Besserungen sind nicht in Sicht: Das Jahr 2026 wird für Armutsbetroffene ein schwieriges Jahr (siehe Artikel links).

ACHTUNG. Beim Markt einkaufen können nur Menschen, die einen entsprechenden Ausweis von ihrem Sozialamt, kirchlichen und privaten Sozialinstitutionen oder vom regionalen Caritas-Büro ausgestellt bekommen. (dak)

Reportage aus dem Caritas-Markt in Bern:
rebrand.ly/caritas-markt



Lieferkettenrichtlinie
Echte Unternehmer
sagen Ja

Kurz vor Weihnachten hat eine Allianz aus konservativen Christdemokraten und rechtsextremen Parteien die europäische Lieferkettenrichtlinie demontiert (work berichtete: rebrand.ly/erdollobby). Sie gilt nur noch für Unternehmen mit über 5000 Mitarbeitenden und über 1,5 Milliarden Euro Umsatz. Auch die Klimaschutzpläne und die Haf-



Regula Rytz, Delegierte bei den European Greens, ehemalige Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, Mitglied der Arbeitsgruppe Europa des gewerkschaftsnahen Denknetzes.

tungsklagen bei Verstößen gegen die Menschen- oder Arbeitsrechte wurden über Bord gekippt. Die globale Jagd nach Profiten kann damit ungestört weitergehen.

ZAUBERWORT. In Gang gesetzt hat den Kurswechsel ein Lobbykartell aus amerikanischen Konzernen wie Chevron und Exxon Mobil. Über PR-Agenturen, Think-Tanks, gekaufte Studien und amerikanische Handelsdelegationen organisierten die

Keine vernünftige Partei wird
es wagen, mehr Arbeit bei
weniger Lohn zu versprechen.

Ölfirmen gefügige Mehrheiten im Europäischen Parlament. Ihr Zauberwort hiess «Wettbewerbsfähigkeit». Es wird heute überall als Speerspitze gegen das europäische Sozial- und Umweltrecht missbraucht. Der neuste Angriff kommt von Business Europe.

HEUCHELEI. Im Februar 2026 hat der Dachverband der Industrie- und Arbeitgeberverbände sein Programm zur Deregulierung des europäischen Arbeitsrechtes publiziert. Verbesserungen im Bereich Lohngleichheit, Plattformarbeit und Arbeitszeiten sollen verzögert, abgeschwächt oder gar ausgehebelt werden. Konkret will die Unternehmerlobby die Arbeitszeiten und die Arbeitsorganisation flexibilisieren. Dazu gehört auch die Normalisierung von kurzfristig abgeänderten Einsatzplänen im Transportwesen oder in der Pflege. Abgeschwächt werden soll weiter das Recht auf Entschädigung bei Lohndiskriminierung. Und als kleines Geschenk an die Tech-Konzerne werden die Transparenzvorschriften zum Schutz von Plattform-Arbeitenden ausradiert. Das alles kommt kommunikativ nett verpackt als «Entlastung für KMU» daher und als «vertrauensbasierter Ansatz mit weniger detailierten Vorschriften und mehr Raum für den sozialen Dialog». Diese Heuchelei ist kaum zu toppen. Aber sie kann gestoppt werden. Denn keine vernünftige Partei wird es wagen, ihren Wählerinnen und Wählern mehr Arbeit bei weniger Lohn zu versprechen.

GEHÖR. Interessant ist, dass echte Unternehmen vieles anders sehen als die selbsternannte «Wirtschaftslobby». So hat zum Beispiel eine europaweite Umfrage bei mittelständischen Unternehmen im letzten Jahr gezeigt, dass Regulierungen wie die Lieferkettenrichtlinie mehrheitlich positiv bewertet werden. 90 Prozent der Befragten betonten gar, die Richtlinie stärke die Souveränität und den wirtschaftlichen Einfluss Europas im härteren geopolitischen Wettbewerb. Es ist zu hoffen, dass sich solche Stimmen beim nächsten Angriff auf das europäische Wohlstandsmodell mehr Gehör verschaffen können. Und zwar gemeinsam mit dem europäischen Gewerkschaftsbund. Auch er betont, dass die Wettbewerbsfähigkeit nicht durch die Deregulierung des Arbeitsrechtes gestärkt werden kann. Sondern nur durch eine moderne Industriepolitik, Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz und hochwertige Arbeitsplätze in allen Regionen und Sektoren. Das ist der Weg für ein stabiles Europa. Und auch für die Schweiz.

Regula Rytz schreibt hier im Turnus mit Roland Erne, was die europäische Politik bewegt.

Kurz vor den Betriebsratswahlen in der Berliner Gigafactory

Tesla-Privatpolizisten gegen Gewerkschafter

Tesla-Besitzer Elon Musk ist der reichste Mensch der Welt. Und er hasst Gewerkschaften. In der Gigafactory in Grünheide südlich von Berlin eskalierte jetzt der Konflikt zwischen Tesla und der IG Metall kurz vor den Betriebsratswahlen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.

CLEMENS STUDER

Es ist der 10. Februar 2026, eine reguläre Betriebsratssitzung im Tesla-Werk Grünheide. Unvermittelt erhebt ein managementnaher Betriebsrat einen Vorwurf: Der eingeladene IG-Metall-Sekretär zeichne die Sitzung heimlich mit seinem Laptop auf. Was dann folgt, läuft wie am Schnürchen. Die Betriebsratsvorsitzende Michaela Schmitz unterbricht die Sitzung, ohne dem Beschuldigten auch nur eine Minute zu lassen, um sich zu erklären. Der Werkschutz wird gerufen, dann die Polizei. Der Laptop des Gewerkschafters beschlagnahmt. Als der IG-Metaller aus dem Gebäude eskortiert wird, steht draussen bereits ein Tesla-Mitarbeiter mit der Kamera bereit. Noch am gleichen Abend schreibt der Berliner Musk-Statthalter André Thierig ein Mail an die gesamte Belegschaft. Kernaussage: Der Gewerkschafter habe eine «Straftat» begangen.

Die IG Metall reagiert scharf. Sie nennt den Vorgang eine «Schmutzkampagne» und Thierigs Darstellung eine «ebenso dreiste wie kalkulierte Lüge». Der Laptop habe lediglich der Protokollführung gedient. Der Beschuldigte hatte angeboten, die Vorwürfe vor Ort zu entkräften. Doch die Tesla-Herren und die ihnen treuen Betriebsratsmitglieder liessen ihn nicht. Am 12. Februar leitet die Staatsanwaltschaft Frankfurt an der Oder auf Antrag von Tesla ein Ermittlungsverfahren ein, wegen «Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes» und Verstosses gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Höchststrafe: drei Jahre Gefängnis.

Doch die Gewerkschaft wehrt sich: Am 17. Februar stellt sie Strafanzeige gegen Thierig wegen übler Nachrede, stellt einen Antrag auf eine einstweilige Verfügung und bereitet eine Klage wegen «Union Busting» vor. Jetzt muss die Staatsanwaltschaft auch gegen Tesla-Lokalboss Thierig ermitteln. Am

**Die Löhne bei
Tesla liegen
deutlich unter
Tarifniveau.**

20. Februar veröffentlichen Betriebsräte aus dem gesamten IG-Metall-Bezirk, von VW Zwickau über Siemens Energy Berlin bis BMW Leipzig, eine Solidaritätserklärung und verurteilen den «Angriff von Tesla auf die Demokratie in der Arbeitswelt».

ANGST VOR DEN WAHLEN

Zufällig ist der Übergriff auf den Gewerkschafter kaum: Denn vom 2. bis zum 4. März wählen die rund 10 000 wahlberechtigten Tesla-Beschäftigten in Grünheide einen neuen Betriebsrat. Die IG Metall tritt mit 116 Kandidatinnen und Kandidaten als grösste Einzelliste an.

Derzeit hält sie rund 40 Prozent der Sitze. Im internen Jargon nennt man das Gegenlager «Fraktion 23». Diese besteht aus vier managementnahen Listen, die nach der letzten Wahl zusammen 23 Sitze errangen, die IG Metall hat 16. Als ein IG-Metall-Betriebsrat auf einer Versammlung fragte, warum das Management den 60prozentigen Absatzeinbruch in Deutschland totschweige, fiel ihm die Betriebsratsvorsitzende Michaela Schmitz ins Wort: «Ich denke, wir können jetzt mit der Schwarzmalerei hier aufhören. Wir können stolz



MÖGEN KEINE GEWERKSCHAFTEN: Tesla-Boss Elon Musk (l.) und sein Berliner Statthalter André Thierig. FOTO: KEYSTONE

sein, was wir hier geschafft haben.» Musk-Statthalter André Thierig nannte die Frage verächtlich «Gebrabbel».

Offen gesagt hat Thierig auch, was er von einer IG-Metall-Mehrheit halte: Er könne sich «persönlich nicht vorstellen», dass die US-Zentrale den Werkausbau noch vorantreibe, falls die Gewerkschaft gewinne. Eine kaum verhohlene Drohung an die 10 000 Wahlberechtigten.

MUSKS SCHLIMMSTE FEINDIN

Elon Musk hasst Gewerkschaften innig und versucht gezielt mit viel Aufwand, sie aus seinen Betrieben herauszuhalten. Streiks von Tesla-Lohnabhängigen bezeichnete er unlängst als «völlig krank», die IG Metall ist für ihn bloss «Werkzeug der deutschen Autobauer». André Thierig führt diese Linie in Grünheide fort. Im Dezember 2025 verweigerte die Werkleitung jeden Dialog; die überlieferte Antwort: «weder aktuell noch zukünftig». Die zehn managementnahen Betriebsratslisten mögen vielleicht einmal tatsächlich aufrichtig geglaubt haben, mit kooperativem Kurs mehr zu erreichen. Unterdessen müssten sie diesen Glauben aber längst verloren haben: Die Löhne bei Tesla liegen laut IG Metall 10 bis 20 Prozent unter Tarifniveau. Also unter dem, was Arbeitende in Autofabriken verdienen, die einem Gesamtarbeitsvertrag unterstehen. Rechnet man die längere Arbeitszeit hinzu, wächst der reale Abstand auf 30 bis 35 Prozent. Anders gesagt: Tesla-Beschäftigte arbeiten mehr und verdienen weniger. 3500 von ihnen unterschrieben im November 2025 eine Petition für Weihnachtsgeld, Mindestforderung: 1500 Euro. Tesla zahlt weiterhin keines.

RAMBO-ARBEITGEBERIN

Wie Tesla mit ihren Leuten umgeht, hat der Whistleblower Lukasz Krupski dokumentiert. Der polnische Wartungstechniker lieferte dem «Handelsblatt» Journalisten Sönke Iwersen 2022 Daten zu über 100 000 Tesla-Beschäftigten mit Löhnen, Kündigungsgründen, Sozialversicherungsnummern. Ergebnis: Tesla wechselt jährlich rund 20 Prozent ihrer Belegschaft aus. Das Buch «Die Tesla-Files» (work berichtete: rebrand.ly/tesla-files) schildert unter vielem anderen, wie der Betriebsrat mit antigewerkschaftlichen Massnahmen gezielt gespalten wird und wie das Management zu unangekündigten Hausbesuchen bei Kranken erschien. Als der Krankenstand im Sommer 2024 auf bis zu 17 Prozent stieg, wählte Personalchef Erik Demmler dreissig Beschäftigte aus, die er gemeinsam mit Thierig zu Hause aufsuchte. Gleichzeitig verschickte Tesla Briefe an krankge-

schriebene Beschäftigte mit dem Betreff «Zweifel an den eingereichten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen». Darin wurde der sofortige Stop der Lohnfortzahlung angekündigt. Wer weiter bezahlt werden wollte, musste seine Diagnose offenlegen und den behandelnden Arzt von der Schweigepflicht entbinden. Einigen wurde zudem mitgeteilt, sie hätten eine «Überbezahlung» erhalten, die sie nun «zurückzahlen» sollten. Laut IG Metall nutzte Tesla diese konstruierten «Schulden» als Druckmittel, um Beschäftigte zur Unterzeichnung von Aufhebungsverträgen zu drängen.

«PRODUKTIONSHÖLLEN»

Musk selbst nennt seine Fabriken «Produktionshöllen». In Grünheide sendet in den Toilettenräumen «Radio Giga» etwa sehr laut Musik und Unternehmensbotschaften. Begründung der Chefetage: Beschäftigte telefonierten auf der Toilette angeblich privat. Gegen die 35 IG-Metall-Betriebsratskandidatinnen und -kandidaten der letzten Wahlen sprachen die Chefs zusammen 25 Abmahnungen aus, und jedem wurde mit fristloser Kündigung gedroht.

BIZARRER SPD-MANN

Während das alles passiert, besucht Jörg Steinbach eine Betriebsversammlung. Am 24. Juni 2025 tritt Brandenburgs ehemaliger SPD-Wirtschaftsminister ans Mikrofon. Es ist ein bizarrer Auftritt. Steinbach gelobt: «Egal, was in der Welt gesagt wird, ich stehe nach wie vor zu diesem Standort, ich stehe zu Tesla.»

Auf einer Tonaufnahme ist zu hören, wie Steinbach die Lage in der Autobranche schildert: Volkswagen, BMW, Mercedes, überall laut Steinbach nur Tristesse. Ob der Belegschaft eigentlich bewusst sei, «in welcher Oase» sie arbeiten dürfe, fragt der SPD-Mann rhetorisch und ruft den Arbeiterinnen und Arbeitern zu: «Bedankt euch auch mal bei euren Vorgesetzten, auch mal beim Betriebsleiter. Oder wenn euch aus der Geschäftsleitung einfach mal einer über den Weg läuft.» Selbst das kapitalnahe deutsche «Handelsblatt» fragt sich in seinem Bericht, ob Steinbach überhaupt wisse, was südlich von Berlin hinter dem Tesla-Fabrikzaun passiere.

SO GEHT'S WEITER

Die Verfahren der Staatsanwaltschaft sind am Laufen. Vor dem Arbeitsgericht in Frankfurt (Oder) schlossen die beiden Parteien im Eilverfahren einen Vergleich, mit dem sie sich verpflichteten, die gegenseitigen Anschuldigungen bis zum Ende der Wahlen nicht mehr zu wiederholen. Diese waren bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch in Gange.



GEDENKFEIER:
Nach dem Tod von
Quentin Deranque
versammelte sich
die rechte Szene
auf den Strassen
Lyons.
FOTO: GETTY IMAGES

Frankreich: Zum Tod eines Faschisten Lyon, Hauptstadt politischer Gewalt

Der rechtsextreme Schläger Quentin Deranque wurde in Lyon von Antifaschisten erschlagen. Frankreichs Bürgerblock nimmt das zum Anlass, sich offen auf die Seite der Ultrarechten zu stellen.

OLIVER FAHRNI

Rima Hassan sollte an der Universität Lyon über Gaza sprechen. Die EU-Abgeordnete der linken Bewegung «Die Ungebeugten» (LFI) ist eine Hassfigur der Rechten. Todesdrohungen gehören zum Alltag der Juristin, die als Neunjährige aus einem palästinensischen Flüchtlingslager nach Frankreich gekommen war.

Die Frauengruppe «Némésis» wollte die Veranstaltung von Hassan stören. Némésis vertritt einen rassistischen «Nationalfeminismus»: Frauen, behaupten sie, seien in Frankreich gleichgestellt. Unterdrückt würden sie ausschliesslich von nichtweissen, immigrierten Männern, meist Muslimen. Absurd, wie die Polizeiakten von Vergewaltigungen und Femiziden belegen: Die meisten Täter sind, wie im Fall Gisèle Pelicot, «gute Franzosen».

Némésis war bei ihrer Störaktion von rechten Schlägern begleitet. So tun sie das immer. Doch diesmal ging etwas schief: Nach der Strassenschlacht mit Antifaschisten der «Jungen Garde» blieb einer liegen. Zwei Tage später starb Quentin Deranque (23) im Spital.

LYON IST KEIN ZUFALL

Dass dieses Drama in Lyon geschah, ist kein Zufall. Die Stadt ist ein Hort militanter Reaktionen, von Rassisten und Monarchistinnen über Ultrakatholiken bis zu Identitären und Nazis. «Rue 89», eine seriöse Online-Zeitschrift, zählte 102 rechtsextreme Angriffe auf Gewerkschaften, Ausländer, Demonstrationen, Sozialzen-

ten, Buchhandlungen in den letzten fünfzehn Jahren – mit vielen Schwerverletzten. Der Schlachtruf der Täter: «Lyon ist nazi!»

In diesem Sumpf diverser Gruppen navigierte Quentin Deranque. Neben den traditionellen katholischen Kirchen Saint-Georges und Saint-Just frequentierte er die härtesten rechtsextremen Zellen wie «Audace Lyon». Sie nennen sich «Nationalrevolutionäre» und trainieren für den gewaltsamen Umsturz. An der Gedenkfeier für Deranque erschienen etliche verurteilte Nazis, Hände wurden zum Hitlergruss gereckt, und ein Redner schrie: «Wir holen uns Lyon heim.»

Doch längst ist die rechte Gewalt weit über Lyon hinaus endemisch. Die Soziologin Isabelle Sommer hat ermittelt, dass in Frankreich seit 2017 sechs Menschen von Rechten ermordet wurden. Einer davon war Aoubakar Cissé, den ein Anhänger der Nationalen Front beim Gebet in der Moschee mit 57 Messerstichen abschlachtete.

In Lyon gab es in den letzten 15 Jahren 102 rechtsextreme Angriffe.

RECHTE RUDELATTACKEN

Drohungen, Brandanschläge und physische Angriffe geschehen heute in so hoher Frequenz, dass die Gewerkschaften eine Alarmorganisation (VISA) einrichteten. Was Marion Maréchal, die Nichte der rechtsextremen Parteichefin Marine Le Pen, nicht daran hindert, frech zu behaupten: «Es gibt keine rechte, nur linke Gewalt.» Sie hat den trumpistischen Zungenschlag schon gut drauf. So auch Jordan Bardella, der wahrscheinliche Kandidat des Rassemblement national für die Präsidentschaftswahl 2027. Der Mann, in dessen Partei sich Hunderte von Holocaust-Leugnern, Rassistinnen und Demokratiefreunden tummeln, verlangte den Bau einer «Brandmauer» gegen LFI und den Ausschluss der Linken aus dem «demokratischen Konsens».

Parlamentspräsidentin Yaël Braun-Pivet, eine Macronistin, hielt in der Nationalversamm-

lung eine Schweigeminute für den toten Faschisten ab. Schweigeminute für Aoubakar Cissé? Fehlanzeige. Präsident Macrons Justizminister Gérald Darmanin redete, als wolle er die Linke mit ihrem braven Programm demnächst zur terroristischen Organisation erklären. Die Medien der rechten Milliardäre, die bürgerlichen Republikaner, die Macronisten, aber auch der frühere sozialdemokratische Präsident François Hollande traten ein fürchterliches Kesseltreiben gegen LFI los.

Vorwand: Unter den neun verhafteten Tatverdächtigen von Lyon ist ein parlamentarischer Assistent des LFI-Abgeordneten Raphaël Arnault. Arnault selbst war Sprecher der «Jungen Garde», die er als Selbstverteidigungsorganisation gegen rechte Übergriffe mitbegründet hatte. Und der Handy-Film des Totschlags zeigt, wie Deranque, bereits am Boden liegend, weiter mit Fäusten und Fusstritten traktiert wird.

Sophie Binet, Chefin des Gewerkschaftsbundes CGT, kommentiert: «Das geht gar nicht. Wir leben nicht in einer Welt von Teddybären, manchmal muss man sich verteidigen. Aber unsere Regeln sind klar: keine Schläge gegen Gegner am Boden, niemals Tritte gegen den Kopf. Die Faschisten besiegt man nicht mit ihren Methoden.» Das Kesseltreiben gegen LFI, sagt sie, diene bloss dem Zweck, «die extreme Rechte zu stärken, um die linke Alternative zu verhindern.»

BÜNDNIS MIT DEN RECHTSEXTREMEN

Das ist behutsam formuliert. Binet muss befürchten, dass der Tod des Schlägers den Macronisten und den Republikanern dazu dient, alle Hemmungen fallenzulassen und endlich das grosse Bündnis mit den Rechtsextremen zu bauen. Alles, nur keine soziale Gerechtigkeit.

Vorerst stehen Lokalwahlen an. Worum es geht, zeigt Marseille, die letzte offene Stadt zwischen Arles und Nizza. Sie könnte in die Hände der Nationalen Front fallen. Macrons (chancenlose) Kandidatin Martine Vassal richtet sich schon darauf ein. Sie wirbt mit dem Slogan des faschistischen Vichy-Frankreich: «Arbeit, Familie, Vaterland.»

Sensation in Nevada, USA Sexarbeiterinnen gründen Gewerkschaft

Die Sexarbeiterinnen der «Sheris Ranch» in Nevada, USA, fordern: faire Bezahlung, eine Krankenversicherung und mehr Schutz. Sie gründen eine Gewerkschaft und schreiben damit Geschichte.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Prostitution ist in den USA illegal. Ausser in wenigen Bezirken des Bundesstaates Nevada. Und genau dort nutzen die Sexarbeiterinnen ihren legalen Status, um für alle Bützerinnen zu kämpfen: 74 Sexarbeiterinnen aus dem Bordell «Sheris Ranch» organisieren sich und wollen die Gewerkschaft «United Brothel Workers» gründen.



ORGANISIEREN SICH: Molly Wylder (l.) und Jupiter Jetson. FOTO: KEYSTONE

Auslöser war ein neuer Vertrag, der im Dezember den Arbeiterinnen vorgelegt wurde.

Eine neue Klausel im Vertrag forderte, dass ihr Arbeitgeber Bildmaterial der Arbeiterinnen ohne ihre Zustimmung weiterverwenden darf. Das brachte das Fass zum Überlaufen. Eine Arbeiterin äussert ihre Sorgen: Das Bildmaterial kann einfach weiterverwendet werden. Besonders mit der künstlichen Intelligenz kann neues Material erstellt werden, ohne dass die abgebildete Frau auch nur einen Cent dafür verdient. In Japan sei dies nämlich bereits ein riesiges Problem für Sexarbeiterinnen.

Jupiter Jetson ist bei der Gewerkschaftsgründung ganz vorne dabei. In US-Medien sagt sie: «Wir wollen Bedingungen wie alle anderen Arbeiterinnen und Arbeiter. Wir verdienen einen sicheren und respektvollen Arbeitsplatz.»

UNTERSCHREIBEN ODER GEHEN. Die Betroffenen suchten das Gespräch mit der Geschäftsleitung des Bordells. Diese setzte den Arbeiterinnen ein simples Ultimatum: unterschreiben oder gehen. Während einige unter Zwang unterschrieben, wurden andere wegen ihrer Bemühungen um die Gewerkschaftsgründung entlassen. Sexarbeiterinnen arbeiten unter prekärsten Umständen. In den USA werden viele als (Schein-)Selbstständige bei Bordellen angestellt und haben so noch weniger Rechte als Angestellte. Molly Wylder, ebenfalls Sexarbeiterin, sagt: «Ist man einmal in dieser Branche drin, wird es schwierig, sie zu verlassen und einen anderen Job zu finden.»

Doch die Bützerinnen liessen sich von ihrem Arbeitgeber nicht einschüchtern. Mit ihrer Gewerkschaft fordern sie, was allen Arbeiterinnen und Arbeitern zustehen sollte: faire Bezahlung, eine Krankenversicherung und mehr Schutz.

BELGIEN UND DIE SCHWEIZ. Auch den belgischen Sexarbeiterinnen gelang vergangenes Jahr der Durchbruch: Ein neues Gesetz sichert ihnen weitgehende Arbeitsrechte zu. Beispielsweise Krankengeld und Kündigungsschutz. In der Schweiz ist Sexarbeit seit 1942 zwar legal, die Arbeiterinnen haben aber wenig Rechte, keinen Schutz und sind Diskriminierung ausgesetzt. Oft wird Sexarbeit mit Menschenhandel in Verbindung gebracht.



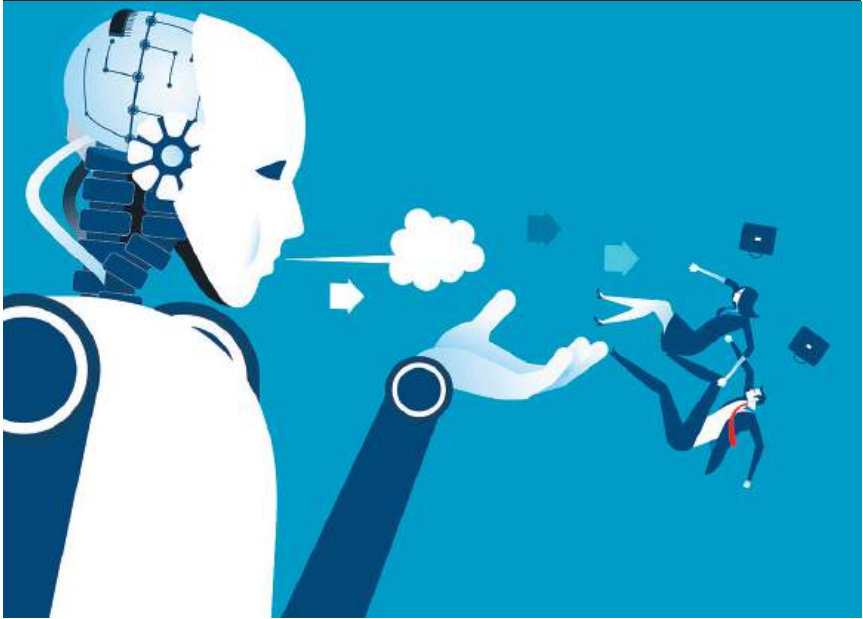
Künstliche Intelligenz: Sitzen wir auf einem Vulkan, der unsere Arbeitsplätze bald wegradiert?

Ein mögliches Zukunftsszenario: Künstliche Intelligenz (KI) zerstört immer mehr Arbeitsplätze. Und dies viel schneller, als bisher angenommen. Sollten Millionen von Arbeitsplätzen wegradiert werden, würde ohne Gegenmassnahmen der Konsum und somit das Wirtschaftswachstum einbrechen.

Alle zwei Wochen schreibt Miriam Meckel im deutschen «Handelsblatt» einen in der Regel sensationell informativen Artikel über die digitale Revolution. Meckel ist vieles gleichzeitig: Unternehmerin, Kommunikationswissenschaftlerin und Professorin in St. Gallen, Publizistin und Verwaltungsrätin bei Tamedia.

Wer das alles mit 59 Jahren gleichzeitig bewältigt, muss Nerven aus Stahl und eine schnelle Auffassung haben. In der Ausgabe des «Handelsblattes» vom 25. Februar 2026 jedoch wirkt Miriam Meckel zum ersten Mal etwas ratlos.

Es geht darin um die Zukunft mit KI. Die grossen Tech-Konzerne pumpen Hunderte von Milliarden in unterschiedliche KI-Projekte, oft auch fremdes Geld. Werden sich diese Investitionen je rechnen? Und wenn ja, welche? Oder kommt es zu einer gigantischen und gleichzeitig schöpferischen Zerstörung von Kapital?



KI-ANGST: Frisst die künstliche Intelligenz unsere Jobs rascher, als bisher angenommen? Wir wissen es nicht, aber die Politik ist gefordert. FOTO: DREAMSTIME

In dem Gedankenexperiment mit dem Titel «The 2028 Global Intelligence Crisis» skizzieren die beiden Autoren James van Geelen und Alap Shah eine Welt im Jahr 2028, in der KI so effizient geworden ist, dass sie nicht mehr nur einfache Jobs ersetzt. Konkret geht der KI-Unternehmer Shah davon aus, dass innert zweier Jahre die Arbeitslosigkeit in den USA auf 10 Prozent steigt und die Tech-Aktien durchschnittlich 40 Prozent ihres Wertes verlie-

ren werden. Der Grund: Künstliche Intelligenz zerstört immer mehr auch gutqualifizierte Arbeitsplätze. Und dies viel schneller, als bisher angenommen. 70 Prozent der amerikanischen Wirtschaft macht der Konsum aus. Wenn Millionen von Arbeitsplätzen wegrasiert werden, bricht ohne Gegenmassnahmen der Konsum und somit das Wirtschaftswachstum ein.

Sieht dies Alap Shah, dessen Newsletter eine abonnierte Auflage

von 120 000 Exemplaren aufweist, zu schwarz? Dies nur deshalb, weil nächstens die künstliche Intelligenz Software selber entwickeln und humanoiden Robotern aller Art zum Durchbruch verhelfen wird?

Niemand weiss es, und deshalb müssen wir uns auf verschiedene Szenarien vorbereiten. Der britische Finanzexperte und Banker Krishna Guha zum Beispiel mag nicht so recht an Shahs Prognosen glauben und geht davon aus, dass die US-Notenbank massiv Anleihen aufkaufen würde, sollte das Szenario Shah eintreten. Will heissen: Die Notenbank müsste unbeschränkt Geld drucken.

POLITIK MUSS REAGIEREN. Wenn die künstliche Intelligenz wirklich einen gewaltigen Produktivitätsfortschritt mit sich bringen sollte, müsste linke Politik gegensteuern. Der Staat – und niemand sonst – müsste subito die Lebensarbeitszeiten von uns allen senken und nicht erhöhen. Und man müsste das Lohnvolumen stabilisieren, unter anderem mit Mindestlöhnen pro Stunde für fast alle.

Klar scheint mir für die Schweiz Folgendes:

● Die Zuwanderung wäre (zu meinem Leidwesen) kein Thema mehr, weil die Schweiz nicht mehr, sondern weniger Arbeitskräfte bräuchte.

● Bund, Kantone, Gemeinden und die Schweizer Unternehmen könnten sich aus den Klauen der US-Tech-Giganten lösen.

Gefordert wären die Universitäten, das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und die Schweizerische Nationalbank. Aber die sind zurzeit damit beschäftigt, uns beizubringen, dass wir vor Donald Trump kuschen sollen. Obwohl der, wie seine Rede zur Nation belegt, davon ausgeht, dass er die Zwischenwahlen im November (Midterms) verlieren wird. Und sich deshalb über den Zolentscheid des Obersten Gerichtshofes hinwegsetzen will. Dieser hat entschieden, dass ein Grossteil der von Trump angeordneten Zölle nicht rechtmässig ist. Trump stützt sich nun auf eine andere Grundlage für die neuen Zölle.

LINK:

● rebrand.ly/kolumne-ki
O-Ton Meckel: «Lowtech ist der neue Luxus. (...) Haustiere retten unsere Gefühlswelt. (...) Analoge Unberechenbarkeit ist der neue Individualismus. (...) AGI steht für «Allgemeine Grosse Ineffizienz.» Spielerisch oder zynisch? Wohl beides!

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT



ERHOLUNG DIREKT AM SEE- HOTEL FLORA ALPINA IN VITZNAU



WER HART ARBEITET, BRAUCHT ERHOLUNG!
GÖNNEN SIE SICH EINE AUSZEIT AM VIERWALDSTÄTTERSEE.
IM HOTEL FLORAALPINA IN VITZNAU ERWARTEN SIE NATUR, RUHE, GUTES ESSEN UND WELLNESS –
PERFEKT, UM DEN KOPF FREI ZU BEKOMMEN UND NEUE ENERGIE ZU TANKEN.

JETZT KURZFERIEN PLANEN UND ABSCHALTEN!

Erhalten Sie zusätzlich zu Ihren 10% Unia-Vorteil einen Welcomedrink bei
Anreise mit dem Code Unia26, gültig bei Buchungen bis 30. November 2026

**Buchen Sie direkt unter www.floraalpina.ch
oder rufen Sie uns an +41 41 399 70 70**



Ex-UN-Entwicklungsökonom räumt mit dem Selbstbild des Westens auf Anklage mit Bergpredigt und Gramsci

Das neuste Buch des deutschen Ökonomen Patrick Kaczmarczyk handelt vom Zerfall der Weltordnung, von der Ignoranz des Westens und dem Aufstand des Globalen Südens. Es ist eine faktenreiche Streitschrift.

CLEMENS STUDER

Patrick Kaczmarczyk ist Ökonom an der Universität Mannheim und arbeitete unter anderem für die Welthandels- und Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen (Unctad). Täglich analysiert er Finanzmärkte, beobachtet Währungskrisen, Kapitalflucht, Schuldenkatastrophen in Entwicklungsländern. Aus dieser Position heraus räumt er mit dem Selbstbild des Westens beziehungsweise des Globalen Nordens radikal auf. Er folgt dabei einem doppelten methodischen Kompass, der ebenso ungewöhnlich ist, wie er bestechend wirkt.

● Der erste Kompass ist die Bergpredigt. «Zieh zuerst den Balken aus deinem Auge, dann kannst du zusehen, den Splitter aus dem Auge deines Bruders herauszuziehen.» Kaczmarczyk macht diese Mahnung zum Programm. Bevor der Westen auf China im speziellen und den Globalen Süden im allgemeinen zeigt, soll er seine eigene Heuchelei erkennen.

● Der zweite Kompass ist Antonio Gramsci. Der italienische Marxist beschrieb Übergangsphasen zwischen historischen Ordnungen als «Interregnum» – ein Stadium, in dem das Alte stirbt und das Neue noch nicht geboren ist. In solchen Zeiten, schrieb Gramsci, «treten die unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen auf». Eine Zeit der Monster. Kaczmarczyk erkennt unsere Gegenwart in diesem Begriff wieder: die Rückkehr des Autoritarismus, das Wiederaufflammen nationalistischer Ressentiments, die reaktionären Parteien vor den Toren der Macht oder mancherorts bereits in den Regierungsbüros.

Das Buch endet mit düsteren Perspektiven.

Was dabei sichtbar wird, nennt Kaczmarczyk mit Jean Ziegler die «kannibalistische Ordnung». Ihre Grundpfeiler: die mörderische Herrschaft des Stärksten, die Willkür des entfesselten Marktes, strukturelle Ungleichheit, systematisches Elend. Die zentrale These: Der Westen predigt regelbasierte Ordnung und freie Märkte, praktiziert aber das pure Gegenteil. Kaczmarczyk macht die vor einem Vierteljahrtausend in England entwickelte

DIE KANNIBALISTISCHE ORDNUNG

Was dabei sichtbar wird, nennt Kaczmarczyk mit Jean Ziegler die «kannibalistische Ordnung». Ihre Grundpfeiler: die mörderische Herrschaft des Stärksten, die Willkür des entfesselten Marktes, strukturelle Ungleichheit, systematisches Elend. Die zentrale These: Der Westen predigt regelbasierte Ordnung und freie Märkte, praktiziert aber das pure Gegenteil. Kaczmarczyk macht die vor einem Vierteljahrtausend in England entwickelte



MÄR DER WESTLICHEN ERFOLGSGESCHICHTE: Die Globalisierung und der freie Markt haben Milliarden Menschen nicht aus der Armut befreit. FOTO: PIXABAY

«Theorie des internationalen Handels» mitverantwortlich. Diese prägt bis heute den Glauben vom «Freihandel, der alle reicher macht». Das Grundproblem dieser Theorie: Sie ignoriert Machtverhältnisse. Sie tut so, als würden alle Länder unter gleichen Bedingungen handeln.

DER MYTHOS DER GLOBALISIERUNG

Einer der stärksten Teile des Buches widmet sich der Dekonstruktion der westlichen Erfolgsgeschichte der Globalisierung. Kaczmarczyk räumt mit dem Märchen auf, der freie Markt habe Milliarden Menschen aus der Armut befreit. Anhand detaillierter Daten zeigt er, dass der globale Rückgang der extremen Armut fast ausschliesslich ein chinesisches Phänomen ist. China jedoch hat sich gerade nicht durch die Rezepte des Westens entwickelt. Die «Erfolgsgeschichte» entpuppt sich als regionale Dynamik Asiens, während weite Teile der Welt in einer Armutsfalle gefangen bleiben, die durch neokoloniale Handelsstrukturen zementiert wird.

DÜSTER, NICHT VERZWEIFELT

Das Buch endet nicht mit Verzweiflung, aber mit düsteren Perspektiven. Kaczmarczyk sieht den Aufstieg reaktionärer Kräfte in Europa und den USA nicht als Zufall, sondern als logische Konsequenz des Marktfundamentalismus. Aber er belässt es nicht bei der Anklage. Im letzten Kapitel skizziert Kaczmarczyk «Grundzüge einer neuen

Weltordnung». Er fordert eine «asymmetrische Globalisierung», das heisst: Sogenannten Entwicklungsländern müssten jene industriepolitischen Spielräume eingeräumt werden, die der Globale Norden für sich selbst beansprucht.

Ist das realistisch? Kaczmarczyk selbst ist skeptisch. Er zitiert Gramsci: «Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.» Die Analyse der Krise ist der erste Schritt – auch wenn die Politik gerade im Autopilot-Modus auf den Abgrund zusteuert. Schlafwandler nennt er sie, in Anlehnung an Christopher Clarks Beschreibung der Entscheidungsträger vor 1914. Doch es gibt einen Unterschied zu damals: Heute sind die Machtverhältnisse nicht mehr eindeutig. Der Globale Süden formiert sich.

Patrick Kaczmarczyk hat ein faktenreiches Buch geschrieben. Er liefert Zahlen, Namen, Fälle. Und Kaczmarczyk hat eine leidenschaftliche Streitschrift geschrieben: mit Gramsci im Kopf und der Bergpredigt im Herzen.



Patrick Kaczmarczyk: **Der Zerfall der Weltordnung**. Mit einem Vorwort von Heiner Flassbeck, 224 Seiten, Westend-Verlag, Fr. 33.60.

Eine wesentlich detailliertere Fassung dieser Rezension gibt es unter dem Link: rebrand.ly/weltordnung

work1x1 der wirtschaft

Reto Wyss



NICHT DIE ZUWANDERUNG IST SCHULD AN DER WOHNUNGSNOT

Gemeinnütziger, also nicht am Profit orientierter Wohnungsbau hat in der Schweiz eigentlich eine lange – auch gewerkschaftliche – Tradition. Nur leider mittlerweile eine viel zu geringe Bedeutung: Schweizweit sind heute nicht einmal 4 Prozent aller Wohnungen im Eigentum gemeinnütziger Bauträger. Angesichts der horrenden Mieten und der Lage auf dem Wohnungsmarkt (siehe auch Grafik) ist die Dringlichkeit einer Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus offenkundig. Doch obwohl die dazu bestehenden Instrumente durchaus Möglichkeiten bieten, herrscht politisch sowohl beim Bund als auch in den meisten Kantonen seit Jahren Stillstand.

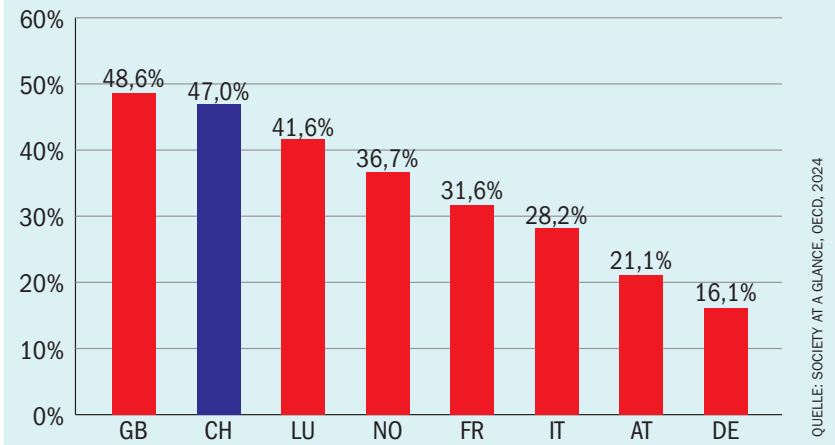
SCHWACHSINN. Aktuell spielt dies vor allem den Zündern der Chaos-Initiative in die Hände. Denn sie behaupten landauf, landab, dass die Zuwanderung schuld sei an der Wohnungsnot. Schwachsinn: Es ist die Politik genau dieser und weiterer Kreise, die – am Gängelband der Immobilienlobby – alle

wohnbaupolitischen Fortschritte konsequent blockiert. Gemäss Verfassung muss der Bund den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Dazu gibt es seit bald 25 Jahren auch ein Gesetz, das bis anhin allerdings nur äusserst beschränkt Anwendung gefunden hat. Immerhin: Es existieren zwei Instrumente der sogenannten indirekten Wohnraumförderung. Über diese Instrumente vergibt der Bund Darlehen zu günstigen Konditionen bzw. bürgt für zinsgünstiges Kapital. Damit wird das Bauen günstiger und so auch das Wohnen. Nur: Die beiden genannten Töpfe sind am Anschlag, sie werden sogar regelrecht überrannt. Im entsprechenden Jahresbericht steht dazu: «[Wir verzeichnen] eine aussergewöhnlich hohe Nachfrage nach Finanzierungen. [...] Es können deshalb nicht alle Finanzierungsanfragen abgedeckt werden.»

BANKEN. Das muss sich nun möglichst schnell ändern: Das Vergabevolumen dieser beiden Töpfe muss massiv er-

Hochpreisinsel Schweiz

Anteil der 20% Ärmsten, die mehr als 40% des verfügbaren Einkommens für die Miete ausgeben (privater Wohnungsmarkt), 2022



höht werden. Einfacher und schneller lässt sich der gemeinnützige Wohnungsbau zumindest auf Bundesebene zurzeit nicht fördern. Kosten tut das die Steuerzahlenden rein gar nichts – im Gegenteil: Der Bund ver-

dient sogar daran! Nur halt einfach weniger, als es die Banken mit ihren viel zu hohen Zinsen tun würden.

Reto Wyss ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Podiumsgespräch Sozial und sicher

Wie steht es um den Sozialstaat der Schweiz? Und wohin entwickelt er sich? Das Historische Museum Olten beleuchtet in der aktuellen Sonderausstellung «Sozial & sicher» die Entwicklung sozialer Netzwerke in Olten, im Kanton Solothurn und in der Schweiz. Im Rahmen eines Podiumsgesprächs diskutieren der ehemalige Ständerat Paul Rechsteiner, die Sozialwissenschaftlerin Elisabeth Michel-Alder, die Historikerin Anja Peter vom Büro für Feminismus und Nationalrat Cédric Wermuth über aktuelle Herausforderungen und die Zukunft des Sozialstaats. Die Diskussion wird moderiert von Dr. Brigitta Bernet, Unia-Fachspezialistin für Sozialpolitik und Dozentin für Geschichte an der Universität Zürich.

Podiumsgespräch, 11. März, 20.15 Uhr, Historisches Museum Olten, Konradstrasse 7

Ab dem 8. März Podcast über Gewalt an Frauen

Der neue Podcast «Gewaltfrei», konzipiert von den Opferberaterinnen Rebecca Schäd und Gosslya Iyadurai, gibt Einblick in eine Welt, die oft im Versteckten bleibt: In Zusammenarbeit mit Opferberatungsstellen und NGOs

reden sie über geschlechtsspezifische Gewalt, Straftaten, strukturelle Gewalt und vieles mehr. Ein einzigartiger Podcast für die Schweizer Opferhilfe, denn in jeder Folge wird ein echter Fall besprochen. Das Ziel der Macherinnen: mit dem Podcast eine Lücke in der Schweizer Präventionsarbeit zu schliessen und mehr Aufklärung und Wissen zu vermitteln. Denn viele Betroffene wissen nicht, wie und wo man sich Hilfe suchen kann. Jede dritte Woche erscheint eine neue Podcastfolge.

Ein einzigartiger Podcast für die Schweizer Opferhilfe, denn in jeder Folge wird ein echter Fall besprochen. Das Ziel der Macherinnen: mit dem Podcast eine Lücke in der Schweizer Präventionsarbeit zu schliessen und mehr Aufklärung und Wissen zu vermitteln. Denn viele Betroffene wissen nicht, wie und wo man sich Hilfe suchen kann. Jede dritte Woche erscheint eine neue Podcastfolge.

Podcast «Gewaltfrei» ab 8. März auf Deezer, Spotify und Apple Podcast

Neue Ausstellung Fokus auf die Fotografinnen

Die Fotografiegeschichte der Schweiz war lange Zeit vor allem eine Geschichte männlicher Fotografen, überliefert von Männern. Die Ausstellung «Frauen. Fragen. Fotoarchive» setzt den Fokus anders und zeigt sieben Archive von Fotografinnen aus der Zeit von 1900 bis 1970. Ein Kollektiv von Kuratorinnen der Fotostiftung Schweiz untersucht dabei die Besonderheiten dieser Archive und die Arbeitsbedingungen der Fotografinnen. Inwiefern war Fotografie ein Frauenberuf? Wie beeinflussten vorherrschende Rollenbilder, wirtschaftliche Strukturen oder familiäre Verpflichtungen die Tätigkeit und die Anerkennung der Fotografinnen? Und warum waren ihre Werke bisher kaum sichtbar?

Frauen. Fragen. Fotoarchive
28. Februar – 14. Juni 2026,
Fotomuseum Winterthur,
Grünenstrasse 44+45, Eintritt Fr. 14.–



Das offene Ohr

Gérald Zacharatos
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

AHV: Was tun, wenn meine Arbeitgeberin die Beiträge nicht eingezahlt hat? Ich weiss nicht, ob meine Arbeitgeberin die AHV-Beiträge ihrer Angestellten zahlt. Kann ich herausfinden, ob meine Arbeitgeberin für mich AHV-Beiträge eingezahlt hat? Und was soll ich tun, wenn mein Verdacht zutrifft?

GÉRALD ZACHARATOS: Ja, Sie können herausfinden, ob Ihre Arbeitgeberin für Sie AHV-Beiträge eingezahlt hat. Verlangen Sie einen individuellen Kontoauszug (IK-Auszug) unter ahv.ch, indem Sie das Icon «Bestellung Kontoauszug» anklicken und die Anweisungen befolgen, bis Sie den Antrag für den Kontoauszug gestellt haben. Der Auszug wird Ihnen per Post zugeschickt. Gestützt auf den Auszug, können Sie überprüfen, ob Ihre Arbeitgeberin die AHV-Beiträge für die Zeitspanne, in der Sie für sie tätig waren,



WAS STEHT MIR ZU? Sie können einfach herausfinden, ob Ihr Arbeitgeber korrekte AHV-Beiträge einzahlte. FOTO: ADOBE STOCK

eingezahlt hat. Fehlen Beiträge für diese Zeitspanne, müssen Sie innert 30 Tagen Meldung an die zuständige Ausgleichskasse erstatten und die Belege für den erhaltenen Lohn liefern (zum Beispiel Lohnausweise oder Lohnabrechnungen), damit die fehlenden Beiträge Ihrem individuellen AHV-Konto gutgeschrieben werden. Falls die Ausgleichskasse die Beiträge nicht gutschreibt, muss sie das begründen. Wird die Begründung nicht direkt in Form einer Verfügung erbracht, können Sie den Erlass einer anfechtbaren Verfügung verlangen.

Pensionskasse: Ich erhalte keinen Ausweis Seit der Anstellung habe ich keinen Ausweis von der Pensionskasse (PK) erhalten. Kann ich herausfinden, ob meine Arbeitgeberin einer PK angeschlossen ist? Was kann ich tun, wenn sie einer PK angeschlossen ist, aber für mich keine Beiträge eingezahlt hat?

GÉRALD ZACHARATOS: Ja, Sie können herausfinden, ob Ihre Arbeitgeberin einer Pensionskasse angeschlossen ist. Falls die anderen Unterlagen Ihrer Arbeitgeberin (Arbeitsvertrag oder monatliches Lohnblatt) nicht angeben, welcher PK Ihre Arbeitgeberin angeschlossen ist, können Sie sich an die kantonale Ausgleichskasse wenden. Diese kann Ihnen mitteilen, welcher PK Ihre Arbeitgeberin angeschlossen ist. In diesem Fall können Sie die zuständige PK kontaktieren. Stellt sich heraus, dass Ihre Arbeitgeberin die Beiträge nicht oder nur teilweise eingezahlt hat, können Sie die zuständige PK auffordern, die Beiträge Ihrem individuellen Vorsorgekonto gutzuschreiben. Falls Ihre Arbeitgeberin keiner PK angeschlossen ist, teilt Ihnen die kantonale Ausgleichskasse mit, welcher Ausgleichskasse Ihre Arbeitgeberin angeschlossen ist. In diesem Fall ist die zuständige Ausgleichskasse zu kontaktieren. Arbeitgeber, die keiner PK angeschlossen sind, werden aufgefordert, dies nachzuholen, und werden sonst der Stiftung Auffang-einrichtung (rückwirkend) angeschlossen. Auf Anfrage erteilt die Stiftung Auffang-einrichtung Auskunft über die Leistungen, die sie Arbeitnehmenden, deren Arbeitgeber keiner PK angeschlossen waren, im Einzelfall zu erbringen hätte.

18 **work**service 5. März 2026

Günstige Ferien für alle: Das ist möglich mit Reka und einer Mitgliedschaft bei der Unia

Von Hundewanderung bis zu Baby-Betreuung

Ferien zu planen ist fast so schön, wie welche zu haben. Die Auswahl ist gross, auch wenn es nicht allzu viel kosten darf. Reka-Ferien sind für Unia-Mitglieder günstiger – und es ist für jeden Geschmack und jedes Bedürfnis etwas im Angebot.

MARIA KÜNZLI

Berge oder Meer? Schweiz oder Ausland? Familienferien oder Abenteuer mit dem Hund? Wer sich jetzt schon nach einer Auszeit oder nach Wärme sehnt, obwohl die Ferien noch eine Weile auf sich warten lassen, kann vielleicht schon mal davon träumen – und buchen. Ein paar Tipps für bezahlbare Reka-Ferien, thematisch geordnet:

FÜR FAMILIEN

Elba. Ein flacher Privatstrand (Sand und Kies), eine Pool-Landschaft mit Kinderplanschbecken und Whirlpool, ein Spielplatz, der Naturpark in direkter Nähe: Das Ferienresort Ortano Mare an der Ostküste der Insel Elba wird im Mai 2026 eröffnet und ist ein Ort, an dem sich Kinder wie auch Eltern wohl fühlen können. Das Resort liegt ruhig und ist von einem Garten umgeben. Es gibt 119 Hotelzimmer sowie 100 einfache und zweckmässige Ferienwohnungen, auch für kleinere Budgets, dazu stehen Tennisplätze und Beach-volleyballfelder zur Verfügung. In der Hochsaison wird ein Kinderclub mit Animation angeboten. Den kleinen und grossen Hunger stillen ein Restaurant mit Buffetservice, ein Bistro am Meer sowie eine Pizzeria. Auch ein kleiner Supermarkt befindet sich auf dem Gelände. **rebrand.ly/reka-elba**

Hasliberg. Einige Reka-Ferienanlagen, darunter das Reka-Ferientdorf Hasliberg, bieten spezielle Ferienwochen mit kostenloser Betreuung für Babys und Kleinkinder von 0 bis 2 Jahren an: Die Kleinen werden von Montag bis Freitag täglich während 3 Stunden be-

treut, was den Eltern erlaubt, durchzuatmen und Zeit für sich zu geniessen. Auch für Kinder von 2 bis 14 Jahren gibt es ein betreutes Spiel-, Spass- und Sportprogramm. Das Reka-Ferientdorf in Hasliberg liegt naturnah zwischen



HASLIBERG: Ein Ferientdorf, ideal für Familien. FOTO: REKA

grossen, alten Bäumen und umfasst 6 Ferienhäuser mit 60 Ferienwohnungen. Unter anderem gibt es einen Spielplatz, ein Hallenbad, ein Spielzimmer, einen Sport- und Fussballplatz, einen Traktorenpark und eine Sauna. Wer mag, bucht das Frühstück dazu. Vom Reka-Dorf aus haben Familien viele Möglichkeiten für Ausflüge: Die Bergbahnen bringen sie auf die Käserstatt, wo aussichtsreiche Wanderungen warten. Spektakulär ist der Alpen-Tower auf 2250 Metern über dem Meer: Die 360°-Panoramansicht gibt den Blick frei auf 401 Berggipfel. Auf den Zwer-genwegen am Hasliberg erwar-den sich Kinder die Geschichte rund um die Zwergie Muggestutz, Lindeloo und Rippi-Rappi. **rebrand.ly/reka-babybetreuung**

FÜR HUNDE

Sörenberg. In der Wanderwoche mit Hund vom 19. bis am 25. September 2026 verbringen Hundefreunde eine Woche unter Gleich-genannten im Reka-Ferientdorf Sörenberg. Auf geführten Wan-derungen warten Schnüffel- und Geschicklichkeitsaufgaben auf Mensch und Hund. Kursleiterin Raphaela Wicki gibt dabei hilfreiche Tipps rund um das Leben mit Vierbeinern. Die Wanderungen sind für alle Fitnesslevel geeignet. Das U-förmige Reka-Ferientdorf im Naturpark Entlebuch verfügt über 54 Wohnungen, ein Hallenbad, einen Naturspielplatz, einen Baum-wipfelpfad und Europas grössten Indoor-Sandkasten. Das 400 km² grosse Unesco-Biosphärenreservat



WORKTIPP

UNIA-MITGLIEDER PROFITIEREN

Als Unia-Mitglied bekommen Sie 10 Prozent Rabatt auf alle Reka-Ferienwohnungen im In- und Aus-land. Geben Sie einfach bei der Onlinebuchung Ihre Mitgliednum-mer an, anschliessend zieht Reka den Rabatt automatisch ab. Familien und Alleinerziehende mit einem bescheidenen Einkommen können günstig eine Woche in einer Reka-Ferienwohnung in der Schweiz ver-bringen – zum Preis von 200 Fran-ken. Infos und Voraussetzungen: **rebrand.ly/unia-vorteile**

Entlebuch lädt zu Wanderungen und Tierbeobachtungen ein. **rebrand.ly/reka-hundeferien**

FÜR MEER-FANS

Kroatien. Das Resort Amarin liegt direkt am Meer von Istrien, etwa 4 Kilometer nördlich von Rovinj. Es gibt hier 461 Appartements, zwei Meerwasser-Schwimmbäder, ein Buffetrestaurant, eine Pizzeria, eine Strandbar, einen Souvenir-laden, einen Minimarkt mit Bäckerei sowie Tages- und Abendanimation für Kinder, Teenager und Erwach-sene. Bewegungsfreudige kommen hier auf ihre Kosten: Es warten 6 Sand-Tennisplätze und 2 Tennis-Hardcourts, eine Tennisschule, Tischtennis, Volleyball, Beachvol-leyball, Basketball, Minifussball,

Fahrradverleih, Boccia, Segeln und Surfen, Verleih von Tretbooten, Ka-jaks, Kanu, Padelbooten, SUP und Jetskis. In der Hochsaison verkehrt das Taxiboot regelmässig nach Rovinj. **rebrand.ly/reka-kroatien**

Niederlande. Mehr Wasser geht nicht: Der Center Parc Port Zé-lande im holländischen Ouddorp liegt zwischen der Nordsee und dem Grevelingenmeer auf einer



OUDDORP: Ein perfekter Ort für Wassersportfans. FOTO: REKA

Halbinsel. Zum Ouddorp-Strand sind es nur wenige Minuten zu

bei der Unia

Baby-Betreuung

UNIA-PARTNERHOTELS

RABATT BIS 30 PROZENT

Unia-Mitglieder profitieren von Rabatten zwischen 10 und 30 Prozent in den Partnerhotels in der Schweiz, Deutschland, Österreich und Frankreich. Eine Auswahl:

Hotel Bern: Zentrale Unter-kunft mitten in der Haupt-stadt mit romantischer Ter-rasse. 20 Prozent Rabatt, **hotelbern.ch**

Hotel FloraAlpina, Vitznau LU: Hotel mit grandioser Sicht auf den Vierwald-stättersee. Aussenpool und Whirlpool, Saunen und ein Dampfbad laden zum Ent-spannen ein. 10 Prozent Rabatt, **floraalpina.ch**

Hotel La Campagnola, Vairano TI: Hotel mit Appar-tements zwischen Palmen und Magnolien und freiem Blick auf den Lago Mag-giore. 20 Prozent Rabatt (ausser in den Schulferien und an Feiertagen), **campagnola.ch**

Als Unia-Mitglied können Sie zusätzlich die Angebote der deutschen Baugewerk-schaft nutzen: «GEW Ferien» bietet Hotels und Ferien-wohnungen in ganz Deutschland an – von Sylt bis an den Chiemsee – und in Frankreich an der Côte d'Azur. Infos: **gew-ferien.de** Angebote zum Vorzugspreis: **bonusportal.gew-ferien.de** (mk)

Réception (für die Einstellhalle, zum Rekalino-Kinderclub und zur Osteria). Toilette, Dusche und der



LUGANO: Hier sind alle Wohnungen barrierefrei. FOTO: REKA

Umkleideraum sind rollstuhlge-recht gebaut. Beim Pool gibt es einen mobilen Badelift, der Zugang zum Becken ermöglicht. Südländi-scher Mittelpunkt der Anlage ist der «Dorfplatz», wo sich am Abend alle treffen. Ein Bächlein fliesst durch die Anlage, und es gibt einen grossen Spielplatz. Das Resort ist direkt mit öffentlichen Ver-kehrsmitteln erreichbar. **rebrand.ly/reka-lugano**

FÜR BESONDERE BEDÜRFNISSE **Lugano.** Barrierefreie Ferienwoh-nungen und -anlagen sind gar nicht so einfach zu finden. Das Reka-Ferientdorf Lugano-Albonago bietet Sorglosigkeit für alle – mit 20 barrierefreien Wohnungen und Aussenräumen. Es gibt einen Lift zum Panorama-Pool und bei der

Verderblichkeit von Lebensmitteln: Vertrauen. Kennen Sie den Trick mit

Die Milch ist mehrere Tage offen, und das Brot sieht nicht mehr ganz so frisch aus – doch was ist leicht verderblich, wann lässt sich das Mindesthaltbarkeitsdatum getrost ignorieren? Ein Spaziergang durch die Küche.

MARIA KÜNZLI

MILCH. Frischmilch hält sich geöffnet im Kühlschrank etwa 3 bis 5 Tage. Die Sinne können hier nicht trügen: Riecht und schmeckt sie normal, dann ist sie geniessbar. Ist der Geruch sauer, die Konsistenz flockig und der Geschmack bitter, dann bitte ent-

sorgen. Bei Pflanzenmilch verhält es sich ähnlich, auch sie ist im Kühlschrank geöff-net noch ein paar Tage geniessbar. Mandelmilch bleibt im Vergleich zu Soja- oder Hafermilch etwas länger haltbar.

EIER. Sie sind in der Regel ab Le-gedatum etwa 35 Tage haltbar. Das Legedatum ist direkt auf dem Ei vermerkt. Wenn es roh verzehrt wird, zum Beispiel im Tiramisù oder in einer Mousse, sollte es ganz frisch sein. Wann ist es frisch? Dafür gibt es einen einfachen Test: das Ei in ein Glas legen und mit kaltem Was-ser auffüllen. Das Ei bleibt am Boden liegen: Dann ist es ganz frisch. Das Ei richtet sich auf, bleibt aber auf dem Glasboden: Es ist etwa 3 Wochen alt. Ge-

kocht kann es pro-blemlos noch geges-sen werden. Das Ei löst sich vom Boden und schwimmt oben-auf: Es ist mindestens 6 Wochen alt. Riecht es nach dem Aufschlagen aber normal, kann es gekocht weiterhin gegessen werden.

BROT. Brot lagern Sie am besten bei Raumtemperatur, dann bleibt es je nach Sorte 1 bis 5 Tage frisch. Produkte mit ho-hem Roggen-, Vollkorn- oder Schrotanteil halten sich länger. Je mehr Weizenmehl enthalten ist, desto schneller wird es hart. Meist sind Sauerteig-brote länger haltbar

Sie auf Ihre Sinne, und beachten Sie diese Tipps dem Ei und dem Glas?

als Hefebrote. Bei allen Sorten gilt: Sobald Schimmel sichtbar ist, sollte es nicht mehr gegessen wer-den. Hartes Brot lässt sich weiterverwenden, zum Beispiel gemahlen als Pa-niermehl oder gekocht als Brot-aufstrich oder Frotzelschnitten.

NATURJOGHURT. Oft ist Naturjo-ghurt mehrere Wochen über das Mindesthaltbarkeitsdatum (siehe Spalte) hinaus haltbar. Fruchtjoghurt verdirbt etwas schneller. Einmal geöffnet, sollte beides innerhalb von 3 bis 5 Tagen gegessen werden. Ist Schimmel sichtbar? Riecht das Produkt unangenehm? Dann sollten Sie es wegwerfen. Riecht und schmeckt es normal, kann es noch gegessen werden.



HACKFLEISCH. Rohes Hack-fleisch verdirbt sehr leicht. Wenn es offen gekauft wird, sollte es möglichst noch am selben Tag verarbeitet werden. Bei abgepacktem Fleisch ist es wichtig, das Ver-brauchsdatum zu beach-ten. Hackfleisch kann por-tionenweise eingefroren werden, dann ist es 2 bis 3 Monate haltbar. Gekoch-tes Hackfleisch kann etwa 2 Tage im Kühlschrank aufbewahrt werden. Ist das Hackfleisch verfärbt oder riecht säuerlich, sollte es nicht mehr gegessen werden.

REIS. Ungekocht sind die meis-ten Reissorten – dunkel und idealerweise luftdicht gela-



gert – sehr lange haltbar. Eine Ausnahme ist Vollkornreis, weil die darin enthaltenen Keimlinge Fett enthalten, das ranzig werden kann. Deshalb sollte man Vollkornreis nicht viel länger über das Min-desthaltbarkeitsdatum hinaus aufbewah-ren. Ist der Reis ge-kocht, verdirbt er sehr schnell und sollte nur wenige Tage und gut ver-schlossen im Kühl-schrank aufbe-wahrt werden.

ZUCKER UND SALZ. Beides ist fast unbegrenzt haltbar, auch wenn auf der Packung ein Min-desthaltbarkeitsdatum steht. Denn Zucker und Salz bieten Keimen keinen guten Boden.

MHD UND VD ACHTUNG, UNTERSCHIED!

Auf Lebensmitteln ist ent-weder ein Mindesthaltbar-keitsdatum (MHD) oder ein Verbrauchsdatum (VD). «Mindestens haltbar bis» findet sich auf Produkten, die nicht leicht verderben. Wenn das Datum abgelau-fen ist, sind sie oft noch essbar. Mit «zu verbrauchen bis» werden leicht verderb-liche Lebensmittel gekenn-zeichnet, auf denen schäd-liche Mikroorganismen wachsen können, die mit den Sinnen nicht wahrneh-mbar sind. Nach Ablauf des Datums sollten sie nicht mehr gegessen werden.

5. März 2026 **work**service 19

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



TRACKER FÜRS PORTEMONNAIE: Wir haben verschiedene Modelle getestet. FOTO: ZVG

Ortungssender: Hilfe bei verlorenen Portemonnaies

Liegt das Portemonnaie zu Hause, im Büro, oder fiel es vielleicht in der Bahn aus der Tasche? Spezielle Sender in Kartenform sollen eine lange Suche ersparen. Sie haben die Grösse einer Kreditkarte und sind rund doppelt so dick. Damit passen sie problemlos ins Portemonnaie. Laut den Herstellern senden die Tracker ein Signal, wodurch man sie – und damit das Portemonnaie, in dem sie stecken – auf einer Landkarte auf dem Handy orten kann. Zudem haben die Tracker eine Piepsfunk-tion, um sie etwa in einer Jackentasche ausfindig zu machen.

DER TEST. Die Sender werden über eine App mit dem Handy verbunden. Bei Apple ist das «Wo ist», bei Android-Geräten «Find Hub». Wir haben die Funktionen von sieben Produkten verglichen. Geprüft wurde, wie genau sich ein Portemonnaie damit orten lässt, wie laut das Piepssignal ist und ob die Tracker Alarm schlagen, wenn das Portemonnaie gestohlen oder liegengelassen wird.

Die Tracker passen problemlos in jedes Portemonnaie.

DAS FAZIT. Für Androidhandys schnitt die «Reyke Slim Wallet Tracker Card» (Preis rund 20 Franken bei Amazon) am besten ab. Fürs iPhone war die «Trackcard» (24 Franken) am besten. Beide hatten einen lauten Piepstön und einen aufladbaren Akku. Bei Android funktioniert die Nahortung innerhalb von wenigen Metern deutlich genauer als beim iPhone. Das iPhone meldet dafür, wenn man ein Portemonnaie mit dem Tracker beim Verlassen eines Ortes zurücklässt. Sind die Karten weiter als wenige Meter entfernt, erwies sich die Darstellung auf der Landkarte sowohl bei Android als auch beim iPhone als ungenau. Sie gab lediglich einen Hinweis auf den möglichen Standort. MARKUS FEHLMANN, MARC MAIR-NOACK

Prämienverbilligung Haben Sie Anrecht?

Wenn Sie über niedriges Einkommen verfügen, erhalten Sie vielleicht eine Prämienverbilligung der Krankenkasse. Was Sie darüber wissen müssen.

Krankenkassenprämien sind für viele Menschen mit niedri-gem Einkommen eine erheb-liche finanzielle Belastung. Falls Sie in bescheidenen wirtschaf-lichen Verhältnissen leben, ha-ben Sie deshalb Anrecht auf Prämienverbilligung, so sieht es das Krankenversicherungsgesetz (KVG) vor.

KANTONAL. Ab wann Ihnen die Prämienverbilligung zusteht, ist von Kanton zu Kanton un-terschiedlich. Auch die Höhe der Verbilligung ist in jedem Kanton eine andere. Entschei-dend, ob Sie Anspruch darauf

haben, ist neben dem Haus-haltseinkommen auch die An-zahl der Kinder. Bei unteren und mittleren Einkommen sind die Kantone per Gesetz verpflichtet, die Prämien von Kindern um mindestens 80 Prozent zu verbilligen, die Prämien von jungen Erwach-senen in Ausbildung um minde-stens 50 Prozent. In den meis-ten Kantonen werden Perso-nen, die eine verbilligte Prämie zugute haben, automatisch in-formiert. Fragen Sie aber unbe-dingt nach, wenn Sie nicht si-cher sind! Dafür können Sie sich beim zuständigen kanto-nalen Amt melden (**rebrand.ly/kontakte-praemienverbilligung**). Achtung: Das automatisch zugestellte Antragsformular muss innerhalb einer be-stimmten Frist zurückgesen-det werden. (mk)



Vielseitig einsetzbar an über 6000 Akzeptanzstellen: Mit der Reka-Card bezahlen Sie Tickets für den öffentlichen Verkehr und bei Bergbahnen, Ihre Ferien bei vielen Reiseanbietern, in Hotels, Restaurants, an Tankstellen (Avia, BP und Coop Pronto) und vieles mehr. www.reka.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR.2
Das Lösungswort lautete: GRUNDRECHT

E	S			A	G			F	M						
	S	T	A	E	R	K	E			B	A	S	C	H	I
		A	P		K	N	O	R	P	E	L		N		R
B	A	R	B	E	C	U	E		A		H	K	N	A	L
C	L	E	A	N		P	A	T		L	I	O	N	G	I
		O		S		P	A	T		E	N	T	E	S	A
	O	H	E	I	M	A	T		M		T		S	T	A
G	A	N	S		L		C	H		T	A	B	E	L	L
		O		S	E	M	I	N	A	R		I		B	O
	K	R	I	P	O		T		L		S	P	E	E	R
D	A	M		I		L	A	B	U	B		S		R	L
	K		D	E	K	A	N	A		T		I		G	E
	A	L	E		S		U		S		S	T	A	R	T
	D		I	S	O	T	O	P		J	E	A	S	B	E
L	U	G	N	E	Z		H	O	E	H	N	E	N		B

**DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen
im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU,
hat gewonnen: Martin Cafilisch, Zürich
Herzlichen Glückwunsch!**

chirurg- gut zu ent- fernen			dt. Neben- fluss d. Rheins	Unia-ALK federt den ...-Patz ab	fair, verdient			Verlade- ma- schine	Halb- edel- stein	Frauen- wäsche- stück	Blut- bestand- teil		hoppla!		Leber- sekret	schweiz. DSDS- Gewinner (Luca)	Ort mit Mineral- quelle im Kt. GL	Augen- blick, im ...
Kissen, weicher Stoss- dämpfer							2	Verein- barun- gen						12				
sächl. Fürwort			Emme- zufluss		amerik. Vieh- farmen				10				Opfer- tisch		Leicht- metall (Kw.)			
geben, dar- bieten		7						hilf- reicher Trick		Inter- valle (Musik)		beson- ders: vor ...						untere Rücken- partie (Ez.)
					kathol. Ordens- geist- licher			medizin. Röhr- chen							train- ieren, proben		Druck- werk, Massen- medium	
schweiz. Schau- spieler † 2000			die Ge- räusche e. Kuh machen	unwirkl. Erschei- nung		11						Sammel- stelle		Edel- metall- gewicht				
arab. Fürsten- tum							Kinder- spiel- zeug		frz.: Gen- fersee: Le ...		Informa- tions- samm- lungen							
				9	populär, berühmt		Heil- beruf							Orgie		Identi- tätskarte (Kw.)		
Gegen- teil von minus	Fahr- zeug- führer		in e. Amt einset- zen						13			Jassart		Gebärde, Wink				6
Zeitungs- konsument						8	Strom- speicher (Kw.)		Wichtig- tuer		Wider- stand bringt ...					bunte Tanz- show		zement- artiger Baustoff
			Boden- haftung v. Reifen		techn. Gerät							Stall- dung		Musik- richtung (engl.)				3
Glocke e. brit. Uhr: Big ...		Hühner- laut		1						gefro- renes Wasser		Zirkus- arena					4	
das Wesent- liche					an diesem Ort, dort		Autokz. Kanton Solo- thurn		Bestand- teil von Salat- saucen					5	Zürcher Fuss- ballclub		Doppel- konso- nant	
unterird. Grab- anlage		Neu: ...:News- letter der Unia									der neue portugesi- sche Prä- sident							
					Zauber- land in e. US-Kin- derbuch				be- ständig		14			Zentrum f. For- schung i. Kt. GE				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

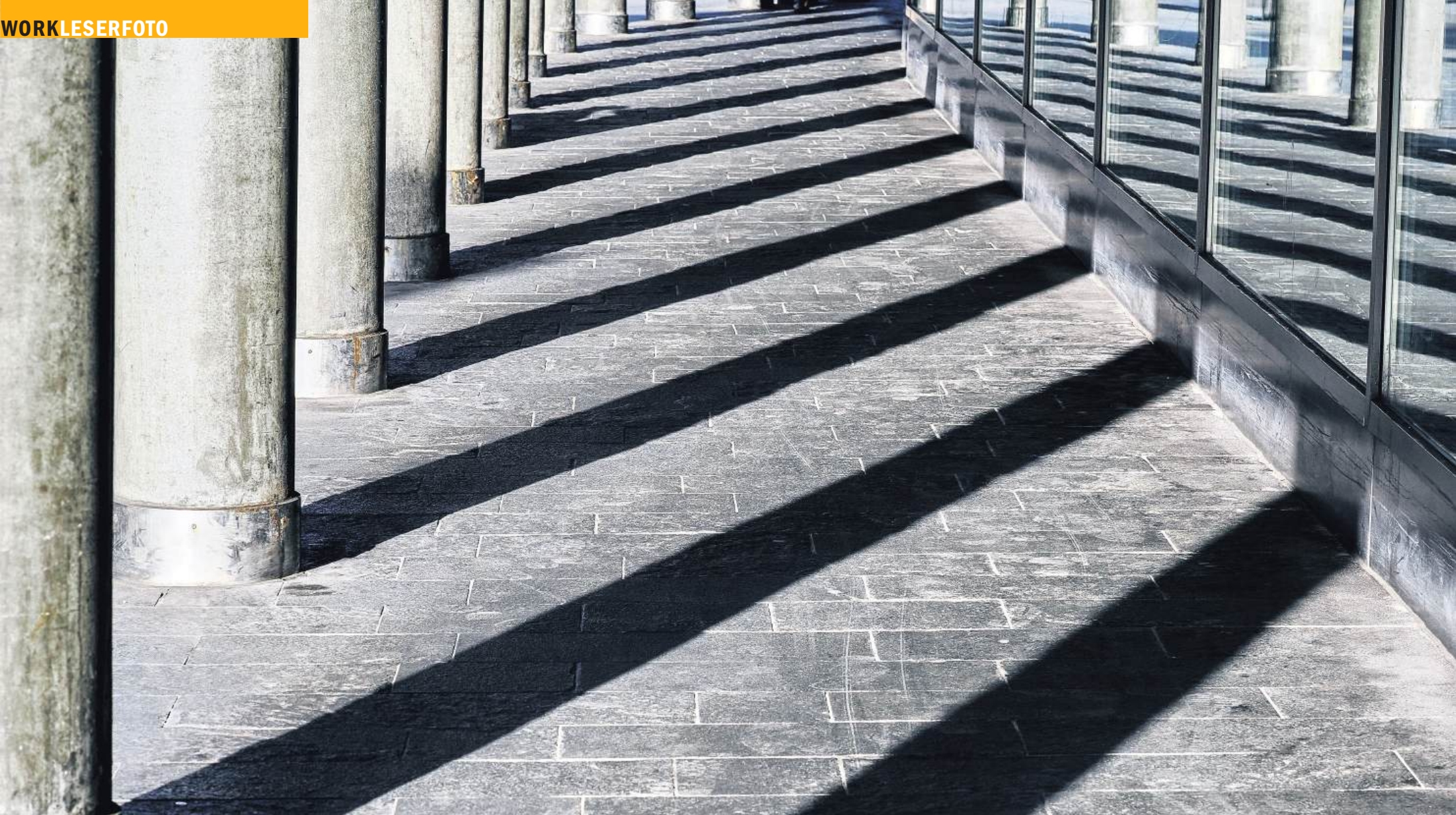
**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail:
verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 12. März 2026**



Volksauftrag respektieren – jetzt Pflegeinitiative umsetzen!

Den Appell unterzeichnen!





WORKLESERFOTO

Ein schönes Zusammenspiel

WANN 19. Januar 2026
WO Bahnhofplatz Thun
WAS Schattenwurf und Spiegelungen
Eingesandt von Jürg Scheidegger, Worb BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

(ohne Strassenverkehr und Sport) verursachten in der Migros Aare 2025, 2'100 Ausfalltagen. Was heisst das für dein Team? Unfälle passieren nicht. Sie werden gemacht.

Eine Spezialisten AS/GS

...mpant sind, müssen diese Zeit im Rayon stemmen. Deine Team-Mitglieder*innen müssen in den anderen Rayons ausweichen. Deine Team-Mitglieder*innen stehen unter mehr Stress und Druck. Deine Team-Mitglieder*innen sind einem erhöhten Unfallrisiko ausgesetzt. Der Mehrzahlwider für deine Führungskraft, welche sich durch die Gesundheitsgespräche...

Angeblich zu risikoreich

Geht's noch? Migros rüffelt Mitarbeitende für ihr Freizeitverhalten!

WORKZEITUNG.CH / 24.2.2026
UND AKTUELLE AUSGABE:
MIGROS RÜFFELT MITARBEITENDE

Selten so gelacht!

Es ist jedesmal aufs neue unterhaltsam, wenn die Kommunikationsabteilung wieder einmal ausdrücken muss, um einen strategischen Fehltritt der Migros-Führungsetage in wohlklingende Prosa zu verpacken. Man darf wohl davon ausgehen, dass die AS/GS im Auftrag der Geschäftsleitung tätig wurde – Sensibilisierung, Senkung der Ausfalltage, klare Ansage. Als sich dann jedoch zeigte, dass der Schuss eher nach hinten losging, wurde flugs umgedeutet: alles nur ein Missverständnis. Und die AS/GS? Steht plötzlich im Regen. Selten so gelacht. Immerhin: Das eigentliche Ziel wurde wohl erreicht. Über Ausfalltage der Mitarbeitenden und ihre «Folgen» wird nun breit diskutiert. Mission accomplished – auch wenn man offiziell natürlich von nichts gewusst haben will.

LÜTHI, VIA WORKZEITUNG.CH

Ach, diese Zufälle

Also, da wurde missverständlicher-weise ein Plakat erstellt, dann wurde es missverständlicher-weise ausgedruckt, missverständlicher-weise aufgehängt und blöderweise auch noch gelesen... Zufälle gibt's

DERRAILOR, VIA INSTAGRAM

Druck von oben

Migros, wegen euch bin ich bis heute krank geschrieben. Ihr seid diejenigen, die beim Personal spart bis zum bitteren Ende. Ihr seid diejenigen, die Schichten planen von 8 Uhr am Morgen bis 20 Uhr am Abend mit 2 Stunden Pause. Ihr macht Druck auf die Mitarbeiter, das sie immer schneller und noch-mals schneller arbeiten müssen. Als ich noch bei euch angestellt war und wegen der Arbeit einen Bandscheibenvorfall bekommen habe, wurde ich nur angeschrien von meinem Ex-Chef am Telefon. An alle Angestellten von der Migros: Eure Gesundheit gibt es nur einmal.

AURORA, VIA INSTAGRAM

WORK 2 / 12.2.2026:
SRG-ZERSTÖRER STOPPEN
Wer wettet?

Liebe Sportfreunde und SRG-Gegner: Darf ich fragen, auf welchem Kanal ihr die Olympischen Winterspiele verfolgt habt? Und kommen den Sommer dann die Fussball-WM in Übersee? Nehmen wir mal an, ihr gewinnt am 8. März die SRG-Abstimmung, und unser Landes-sender kann sich all die sündhaft teuren Sende-Lizenzen künftig nicht mehr leisten: Seid ihr euch sicher, dass ihr dann die eingesparten 135 Fränkli nicht einfach (oder sogar mehrfach!) für Abos bei privaten Anbietern drauflegen müsst, um weiterhin all unsere Schweizer Triumphe zu Hause auf der Couch feiern zu können? 100%ig sicher ist jedenfalls schon jetzt: Privatanbieter kennen keinen anderen Auftrag, als möglichst viel Profit zu machen, und so wird jeder von ihnen, der ein Sendemonopol auf eines dieser 4-Jahres-Highlights hat, unsereinen für jedes einzelne etwas tiefer ins Portemonnaie greifen lassen: dieser Abo-Anbieter für die Winter- und jener für die Sommer-Olympiade, weitere für alle möglichen WM und EM usw. und fürs Schwingen noch ein Abo dazu – da läppert sich was zusammen, liebe Leute! Einziger Gratis-Ausweg: Interviews nur noch mit ARD/ZDF- und ORF-Stars! Ich jedenfalls gehe jede Wette ein, dass uns unsere nationale TV-Couch-Sportbegeisterung ohne ausreichend SRG-Fränkli viel, viel teurer zu stehen kommt als bisher! Meldet euch bei mir, wenn ihr meint, die Wette gegen mich zu gewinnen! Oder aber: Stimmt Nein gegen die SRG-Initiative!

BENJAMIN KRADOLFER, BELLACH

AUSSAGE VON POLITOLOGIN RAHEL
FREIBURGHaus IM «BUND»
Solidarität statt Spaltung

Mit meinen 74 Jahren und über 50 Jahren politischer Erfahrung macht es mich traurig, wie heute über uns Ältere gesprochen wird. Wenn man nun laut darüber nachdenkt, Bürgerinnen und Bürgern im Alter das Wahlrecht zu entziehen, um eine angebliche «Dominanz» zu brechen, dann ist das keine Lösung, sondern Diskriminierung. Wir sind keine Last. Wir sind die Generation, die dieses Land mit aufgebaut hat. Dass die Jüngeren weniger zur Urne gehen, liegt nicht an uns. Wir sollten die Jugend für Politik begeistern, anstatt die Erfahrenen auszugrenzen. Wer heute Rechte beschneiden will, vergisst, dass er selbst einmal alt sein wird. Die Schweiz ist durch Zusammenhalt stark geworden. Wir brauchen die Energie der Jungen genauso wie die Besonnenheit der Älteren. Generationen-Solidarität bedeutet, gemeinsam an einer Welt zu bauen, die wir unseren Kindern und Enkeln mit gutem Gewissen übergeben können. Heilen wir die Welt, anstatt Gräben aufzureissen. Mir ist es wichtig, dass wir im Alter rechtlich besser vor Diskriminierung geschützt sind. Wer das auch so sieht, kann unsere Petition unterschreiben: rebrand.ly/generationen-solidarität.

KÖBI HAURI, PRÄSIDENT UNIA-IG-RENTNERINNEN

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.ch **Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**





VIVIENNE CLÉLIN
DER TRAUM VOM FLIEGER

Aufgewachsen ist Vivienne Clénin in Lutzenberg im Kanton Appenzell Ausser-rhoden. Heute wohnt sie im Kanton St. Gallen mit ihrer Freundin, einer Gastro-Fachfrau aus Genf.

TECHNIK. In der Freizeit unternimmt sie gerne Töfftouren, zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen ihres Töffvereins. Sie fährt eine Kawasaki und eine Yamaha. Den Service macht sie natürlich selber. «Ich finde alles Mögliche cool, was mit Technik zu tun hat», sagt sie. So ist sie auch Mitglied in einem Aero-Club und einem Schützenverein und besitzt den Flugschein für einmotorige Propellermaschinen wie auch einen Karabiner und ein altes Sturm-gewehr. Sie träumt davon, einmal selber ein Flugzeug zu bauen – «aber das ist sauteuer». Allein die Materialkosten schätzt sie auf mindestens 80 000 Franken. Bereits zusammengebaut hat sie ihren PC zum Gamen.

LOHN. Clénin ist seit 2025 Mitglied der Unia. Ihr Lohn beträgt 5750 Franken brutto, bei dreizehn Monats-löhnen.



Spezialanfertigungen sind das tägliche Brot von **Vivienne Clénin (24)**
Erfinderin am Bildschirm

Technik und Zeichnen waren schon Vivienne Clénins Leidenschaften, als sie ein Kind war. Als Konstrukteurin kombiniert sie heute beides. Sie könne sich keinen besseren Beruf vorstellen, sagt die 24jährige.

CHRISTIAN EGG | FOTOS STEPHAN BÖSCH
Mit ihren Händen zeigt Vivienne Clénin, worin ihre Arbeit besteht: «Da ist ein Schiffs-container, den du mit einem Kran hochheben willst. Den Haken des Krans müsstest du hier befestigen können, in der Mitte. Das geht aber nicht. Ösen zum Einhängen hat ein Container nur an den Ecken.»

Also brauche es ein Verbindungsstück. Und genau solche Konstruktionen zeichnet Clénin – heute nicht mehr mit dem Stift, sondern am Computer. Für den Container sei die Lösung eine sogenannte Lasttraverse. Wieder nimmt sie die Hände zu Hilfe: «Das ist ein langes, waagrechtes Metallstück. An jedem Ende hat's zwei Ketten, an jeder Kette ist ein Haken. Die Haken kommen in die vier Ösen des Containers. Und schon kann ihn der Kran hochheben.»

LEGO. Die 24jährige berechnet auch, welche Kräfte ihre Konstruktion aushalten muss. Daraus erstellt sie einen detaillierten Bauplan, mit dem ihre Kollegen in der Produktion das Gerät herstellen. Bei der Frage, ob sie die Arbeit gern mache, strahlt die 24jährige und sagt: «Sehr gern. Hast du als Kind mit Lego Technic gespielt? Ich mache genau das: Mit den verfügbaren Mitteln eine Lösung für ein Problem finden. Wie eine Erfinderin!»

Spezialanfertigungen sind ihr tägliches Brot. Kürzlich etwa hat sie einen sogenannten Haltearm für einen Betrieb fertiggestellt, der optische Linsen verarbeitet. «Der Arm muss diese Linsen aufnehmen, dann kippen, in eine Lösung eintauchen und am Schluss schräg halten, zum Ab-

tropfen.» Er müsse aber auch so gestaltet sein, dass Menschen ihn gut bedienen könnten. Also Hebel und Knöpfe gut zugänglich und möglichst kein Risiko, sich zu verletzen. Das alles unter einen Hut zu bringen, «das war eine ziemliche Hirn-ete», sagt Clénin und lacht. Also genau ihr Ding. Dabei fand sie erst nach Umwegen zur Lehre als Konstrukteurin. Nach der Sek ging sie ans Gymnasium. Doch was sie dort lernte, war ihr zu theoretisch. Nach zwei Jahren brach sie ab und schnupperte als Automatikerin. Dort sei ihrem Lehrmeister eine dreidimensionale Zeichnung aufgefallen, die sie «mehr so nebenbei» gemacht habe. Er empfahl ihr, Konstrukteurin zu werden.

AUFBAU. Bei ihrem Arbeitgeber, der Bollhalder Industrielogistik in Arbon TG, ist Clénin derzeit die Einzige mit diesem Beruf. Hauptgeschäft der Firma sind Schwertransporte. Die passenden Hilfsmittel, um etwa eine schwere Maschine oder einen riesigen Tank anzuheben, habe die Firma jeweils selber konstruiert: «Mehr und mehr hat dann die Kundschaft angefragt, ob wir ihnen dieses oder jenes Gerät auch bauen könnten.» Vor ein paar Jahren entstand daraus ein eigener Standort für den Maschinenbau. Heute zählt er bereits ein gutes Dutzend Mitarbeitende und wächst weiter.

Vivienne Clénin ist seit Anfang Jahr dabei. Und sie schwärmt. «Es ist noch nichts festgefahren. Ich kann helfen, etwas Neues sauber aufzubauen. Was wir jetzt machen, hat viel Einfluss darauf, wie es später läuft – das finde ich cool.»

Einen gewichtigen Nachteil habe die Stelle aber: Im Betrieb, für den kein GAV gilt, beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 43 Stunden. Die tägliche Znüni- und Mittags-pause, zusammen 75 Minuten, sind nicht bezahlt. «Das gibt lange Arbeitstage. Von



MIT SCHUBLEHRE UND COMPUTER: Konstruktionen zeichnet Vivienne Clénin heute hauptsächlich am PC, Abmessungen nimmt sie aber noch von Hand vor.

morgens um halb acht meistens bis abends um sechs. Danach ist mein Kopf leer.»

UNPASSEND. Vivienne Clénin ist trans. Zur Welt gekommen ist sie mit einem männlichen Körper. In diesem habe sie sich jahrelang irgendwie unpassend gefühlt – ohne das Gefühl richtig benennen zu können, sagt sie. Das habe sich erst geändert, als sie andere queere Menschen kennengelernt habe. «Da habe ich gemerkt, dass es das gibt.» Vor zwei Jahren entschied sie sich, etwas gegen dieses unguete Gefühl zu unternehmen. Seither nimmt sie Hormone und trägt ihren jetzigen, weiblichen Vornamen.

Nach dem Comingout habe sie ihre Eltern gefragt, wie sie als Mädchen geheissen hätte. Doch die hatten damals gar keinen Mädchennamen ausgewählt – ihnen war gesagt worden, es werde ein Junge. «Also hat meine Mutter das kurzerhand nachgeholt.» Clénin lächelt und sagt, sie habe ihren Namen, wie die meisten Menschen, von den Eltern bekommen. «Das finde ich schön.» Überhaupt: Sie habe

«mega Glück» mit ihrer Familie, die habe die Transition insgesamt gut akzeptiert.

Gar kein Verständnis hatte dagegen ihr damaliger Arbeitgeber. Details möchte sie nicht in der Zeitung ausbreiten. Nur so viel: Beim Management der Firma sei null Akzeptanz vorhanden gewesen. «Das führte zu gehörig Stress und schliesslich zum Ende des Arbeitsverhältnisses.» Der Kontrast zur jetzigen Stelle sei riesig. Hier fühlt sie sich voll als Frau akzeptiert.

Das Gschtürm mit dem alten Betrieb brachte Clénin auch mit der Unia in Kontakt. Die Gewerkschaft unterstützte sie gegenüber der Firma, seither sei sie «mit Herzblut dabei». Zusammen mit anderen jungen Berufsleuten gründete sie letztes Jahr in der Unia Ostschweiz-Graubünden die IG Jugend neu – und ist seither deren erste Präsidentin. Dank der Unia interessiere sie sich jetzt auch für Politik und Aktivismus, sagt sie. Im vergangenen November reiste sie etwa nach Bern, um solidarisch an der Demo der Gesundheitsberufe teilzunehmen. Saukalt sei es gewesen auf dem Bundesplatz, sagt sie. «Aber auch sehr eindrücklich.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch; Yael Yimam, yaelyimam@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Regula Rytz, Clemens Studer, Manon Todesco, Reto Wyss. Gestaltung/Layout Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch. Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold. Sekretariat Fabienne Jalily, verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Fabienne Jalily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.